Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die sechsspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 25 Pfg.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 304. Dienstag, den 31. Dezember 1907. 18. Jahrgang.

An unsere Leser!

Ein neues Jahr steht vor der Tür. Neue politische Aufgaben wird es bringen. Um sie zu lösen, ist die Presse mit notwendig. Eine starke Abonnentenzahl bedeutet Erleichterung der Agitation für jeden unserer Anhänger. In jede Arbeiterwohnung gehört das Arbeiterblatt. Um sich mit Recht Sozialdemokrat nennen zu können, genügt es nicht, bei den Wahlen einen Zettel unserer Partei abzugeben, sondern man muß die Partei auch durch Abonnement auf die „Volkswacht“ und durch Anschluß an sie als Mitglied unterstützen. Das kann jeder Arbeiter und jeder soll es. Benutzt jede Gelegenheit, um im Bekannten- und Freundeskreise dafür zu agitieren, daß die „Volkswacht“ wiederum einen bedeutenden Abonnentenzuwachs erfährt. Sagt den indifferenten Arbeitern und namentlich auch den Arbeiterinnen, daß sie in der „Volkswacht“ alles finden, was zu wissen ihnen nötig ist. Sagt ihnen, daß sie selber an Ansehen beim Unternehmer und bei den Behörden gewinnen, wenn die Auflage des Blattes steigt, das die Arbeiterinteressen vertritt.

Das arbeitende Volk aller Berufe und Schichten hat nur ein wirklich zuverlässiges Organ für seine Interessen, die „Volkswacht“. Helft alle dazu, daß sie in jeder Haushaltung des arbeitenden Volkes gelesen wird!

Die neue Gewerbe-Novelle.

Die wenige Tage vor Weihnachten dem Reichstage zugegangene Novelle zur Gewerbeordnung, die in einigen Organen der kapitalistischen Presse bereits als ein „enormer Fortschritt“ gefeiert wird, findet im „Vorwärts“ folgende Beleuchtung:

Die neue Novelle ist unzureichender, als die schlimmsten Befürchtungen erwarten ließen. Einige Verbesserungen, die sie notgedrungen gegenüber dem heutigen Standpunkt darbietet, werden sogar durch eine Reihe von Verschlechterungen fast wieder wettgemacht. Der Werdegang des Gesetzentwurfs zeigt, daß sie lediglich auf das Interesse der Unternehmer, nicht des Arbeiters Rücksicht nehmen wollte. Bei der Schaffung der Novelle sind Vertreter von Arbeitern oder Gewerkschaften nicht gehört oder zugezogen worden. Ja, es ist sorgsam vermieden, den Entwurf, wie ihn das Reichsamt des Innern vorgelegt hatte, vor der Beschlußfassung durch den Bundesrat zur Aeußerung durch die Beteiligten zu veröffentlichen. Hingegen scheint dem Zentralverband deutscher Industrieller reiche Gelegenheit zur Mitwirkung bei diesem Flickwerk sozialen Rückstandes gegeben zu sein. Die sieben Artikel des Gesetzentwurfes haben folgenden Inhalt:

In Artikel 1 wird durch eine redaktionelle Aenderung des § 113 der Gewerbeordnung klargestellt, daß das Zeugnis bereits von der Kündigung ab verlangt werden kann. Lohnbücher, die nach dem bestehenden Gesetze der Bundesrat für bestimmte Gewerbe infolge der Novelle vom 30. Juni 1900 anordnen kann (er hat sie lediglich für die Kleider- und Wäschekonfektion bis jetzt angeordnet), müssen nach dem bestehenden Gesetze Eintragungen über die Art und den Umfang der übertragenen Arbeit, über die Stückzahl bei Akkordarbeit, über die Lohnsätze und über die Bedingungen enthalten, die für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten bestehen. Die Novelle ergänzt den Inhalt dahin, daß die Lohnbücher auch über den Zeitpunkt der Uebertragung und Ablieferung von Arbeit, über die Art und den Umfang der abgelieferten Arbeit, über den zur Auszahlung gelangenden Lohnbetrag, über die etwa vorgenommenen Abzüge und über den Tag der Lohnzahlung Auskunft geben sollen. Diese formellen Aenderungen würden den Vorschlägen des Beirats für Arbeiterstatistik entgegenkommen, das Lohnbuch zu einem Abrechnungsbuch umzugestalten, um etwas Schutz gegen die in vielen Betrieben herrschende Unklarheit im Arbeits-Verhältnis zu geben. Wesentlich von den Vorschriften des ersten Artikels ist, daß nun endlich einem seit länger als dreißig Jahren gestellten sozialdemokratischen Antrage entsprechend der Fortbildungsschulzwang durch Anordnung einer Gemeinde auch für weibliche Arbeiter unter achtzehn Jahren soll angeordnet werden können. Sehr bedenklich hingegen ist die weitere Bestimmung im ersten Artikel, daß dem Bundesrat, ja auch den Landeszentralbehörden und den Polizeibehörden ein neues Recht zu Ungunsten der Arbeiter eingeräumt werden soll, nämlich Bestimmungen über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen. Das ist eine entschiedene Verschlechterung des bestehenden Zustandes. Sie zielt weniger, wie die Motive behaupten, darauf ab, zur Verhütung von Unfällen beizutragen, als dazu, Arbeiter auch noch dafür zu bestrafen, daß sie einen Unfall erlitten haben, und ihnen die Unfallrente noch mehr wie bisher zu beschränken. Von der so notwendigen Heranziehung der Arbeiter zum Erlaß und zur Ueberwachung von Schutzvorschriften spricht weder das Gesetz noch seine Begründung!

Der Artikel 2 enthält Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Werkmeister, Techniker usw. Die Rechtsverhältnisse dieser Kategorie werden im wesentlichen denen der Handlungsgehilfen gleichgestellt. Die Engherzigkeit des Standpunktes des Entwurfs zeigt sich auch in diesem Abschnitt, insbesondere bei der Regelung der Konkurrenzklausel. Diese soll nach § 133 f nach wie vor vollkommen aufrechterhalten bleiben, nur soll entsprechend der Bestimmung des Handelsgesetzbuches eine Beschränkung des Werkmeisters usw. zur Annahme von Diensten nach Ablauf seines Arbeitsverhältnisses in der Regel auf einen Zeitraum über drei Jahren nicht zulässig sein.

Der Artikel 3 enthält die wichtigsten Vorschriften. In diesem Artikel wird zunächst endlich versucht, der unsinnigen Begrenzung der Arbeiterschutzvorschriften auf Fabriken ein Ende zu machen.

Der einfachste Weg, dem lediglich aus der Abneigung gegen Schutzvorschriften erklärlichen Wirrwarr ein Ende zu machen, wäre, jetzt endlich sämtliche Werkstätten den Schutzvorschriften zu unterwerfen. Der Entwurf beschreitet diesen Weg nicht. Er geht nur zaghaft soweit, als die Berner Konvention von 1905 die rückständigsten Staaten fest verpflichtet. Es sollen nach der Novelle die Bestimmungen, die bisher nur für die Verhältnisse der „Fabrikarbeiter“ galten, nunmehr auf alle Betriebe übertragen werden, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden. Die Rückständigkeit dieses Vorschlages, der freilich immerhin eine kleine Besserung des bestehenden Zustandes, aber auch nicht unerhebliche Benachteiligungen der Arbeiter enthält, beweist der Hinweis, daß das schweizerische Fabrikgesetz seit länger als dreißig Jahren jede industrielle Anstalt als Fabrik betrachtet, in welcher gleichzeitig und regelmäßig mehr als drei Arbeiter außerhalb ihrer Wohnungen in geschlossenen Räumen beschäftigt werden.

Zur Durchführung der Berner Konvention wird für Fabrikarbeiterinnen eine elfstündige Ruhepause im Artikel 3 des Gesetzentwurfes vorgeschrieben. Das ist auf dem Papier zwei Stunden mehr als heute. Indessen beträgt die Ruhezeit schon heute in der Regel mindestens 11 Stunden. Der Entwurf läßt überdies Herabsetzung an der elfstündigen Ruhezeit zu. Auch den jugendlichen Arbeitern soll fortan eine Ruhezeit von mindestens 11 Stunden gewährt, aber auch hier Ausnahmen zugelassen werden.

Die erheblichste Bestimmung der Novelle ist die, daß vom 1. Januar 1910 ab die Dauer der Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen in Fabriken zehn Stunden täglich nicht überschreiten darf. Bei den amtlichen Erhebungen über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1902 sprach sich die ganze überwiegende Zahl der Gewerbeinspektoren für die dringende Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit eines zehnstündigen Maximalarbeitstages für Fabrikarbeiterinnen aus. Von den damals insgesamt gezählten 38,706 Betrieben mit insgesamt 813,560 Arbeiterinnen hatten bereits damals eine Arbeitszeit von neun Stunden oder weniger 6768 Betriebe mit 86,191 Arbeiterinnen. Eine Arbeitszeit von mehr als neun bis einschließlich zehn Stunden bestand in 18,267 Betrieben mit 347,814 Arbeiterinnen. Es hatten also im Jahre 1902 bereits tatsächlich über die Hälfte, nämlich 53,3 Prozent der Arbeiterinnen in 64,7 Prozent der Betriebe den Zehnstundentag errungen. Dringend notwendig wäre ein unbeschränkter, nicht durch Ausnahmen durchlöcherter Achtstundentag im sozialen, gesundheitlichen, sittlichen und kulturellen Interesse der Arbeiterinnen und der Gesamtheit. Soweit sich — spezielle Zahlen liegen nicht vor — übersehen läßt, läßt sich wohl behaupten, daß heute höchstens ein Viertel der Ar-

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

24] (Nachdruck verboten.)

Und sie entwarfen schöne Pläne für jenen Zeitpunkt. Sie würden aufs Land ziehen, ganz nahe bei Paris, um den Glanz davon zu genießen, und entfernt genug, um das Geräusch davon zu vermeiden. Sie würden ein kleines Haus für sich haben, dessen Grundriß er schon lange erwägte, einstöckig, mit einer italienischen Terrasse, geschmückt mit Weinreben und einer Inschrift über der Tür: „Parva domus, magna quies“. Kleines Haus, große Ruhe. Dort würde er arbeiten. Er würde ein Buch schreiben, sein Buch, das Buch, diese „Tochter Fausts“, von der er seit zehn Jahren sprach. Dann, unmittelbar nach der „Tochter Fausts“, würden die „Passionsblumen“, ein Band lyrischer Gedichte, folgen, und die „Ehernen Saiten“, unbarmherzige Satiren. Er hatte eine Menge leerer Titel im Kopf, etikettierte Ideen, inhaltsloser Bücherrücken.

Dann würden die Verleger kommen, würden wohl oder übel kommen müssen. Er würde reich sein, berühmt, vielleicht Mitglied der Akademie, wenngleich diese Anstalt sehr gesunken, sehr wurmstichig sei.

„Aber nein, aber nein, das tut nichts, Du mußt Mitglied sein“, sagte Ida. Sie sah sich bereits in einer Ecke des Instituts am Tage der Aufnahme, in einfachem, bescheidenen Kleide, wie es der Frau eines gelehrten Mannes ziemt.

Und in solchen Erwartungen fuhren sie fort, „Gutfreunds“ Birnen zu essen, der freilich der bequemste und kurzsichtigste aller guten Freunde war.

d'Argenton fand sie ausgezeichnet, diese verteufelten Birnen, aber er aß sie mit einer schrecklichen, schlechten Laune, mit Wutausbrüchen mit Zähneknirschen und rächte sich an der armen Ida durch beißende, verletzende Worte für das, was ihr Verhalten Unzartes für ihn hatte.

Wochen, Monate verstrichen so, ohne einen anderen Wechsel in ihr gemeinsames Leben zu bringen, als ein sehr merkliches Erkalten zwischen Moronval und seinem Literaturprofessor. Der Mulatte erwartete immer, daß die Gräfin sich betreffs der Rundschau entscheide, und er vermutete, daß d'Argenton seinem Plane feindlich sei, und er scheute sich nicht, ganz laut seine Meinung über diesen Herrn auszusprechen.

Eines Donnerstags Morgens sah Jack, den man nur noch selten ausgehen ließ, durch die zahlreichen Scheiben des runden Erholungssaales mit Traurigkeit einen schönen Frühlingshimmel, ganz blau, weit und offen, der von Spazierengehen und Freiheit träumen ließ.

Die Sonne war schon warm, die Zweige des Flieders grün punktiert, die unbebaute Erde des kleinen Gartens ertönte von den Regungen des Lebens wie vom Rauschen unterirdischer Quellen. Von dem Durchgange her erschallten die Stimmen von Kindern und eingekerkerten Vögeln. Es war ein Morgen, an dem alle Fenster sich öffnen, um etwas Licht in die Häuser dringen und die Schatten des Winters verfliegen zu lassen, all jene Schwärze, mit welcher die langen Nächte und der Rauch des Feuers die lange geschlossenen Fenster erfüllen.

Jack dachte, daß es herrlich wäre, an einem solchen Morgen ein wenig auszugehen und einen anderen Horizont vor sich zu haben, als die große mit Ephen bedeckte Mauer, an deren Fuß der Garten in einen Haufen begrünter Ziegelsteine und welker Blätter endigte.

Gerade in diesem Augenblick bewegte sich die Klingel über der Tür, und er sah seine Mutter in großer Toilette eintreten, strahlend, eilig, von außergewöhnlicher Bewegung ergriffen.

Sie wollte ihn abholen, um mit ihm im Wäldchen zu frühstücken. Man würde erst Abends heimkehren. Eine wahrhaft nette Partie, wie sie deren früher machten.

Man mußte von Moronval die Erlaubnis erbitten; aber da Frau v. Barancy das vierteljährliche Pensionsgeld mitbrachte, so kennt Ihr denken, daß die Erlaubnis bald bewilligt wurde.

„O welch Glück, welch Glück!“ sagte Jack; und während seine Mutter dem Mulatten erzählte, daß Herr d'Argenton sofort notwendig nach der Auvergne zu seiner sterbenden Tante reisen müßte, durchlief das Kind eilig den Hof, um sich anzukleiden. Auf seinem Gange bemerkte er Madou. Abgezehrt und traurig, dachte Madou schon an all seine Sorgen für den Hausstand, schleppte seine Besen und Gefäße, ohne darauf zu achten, daß das Wetter mild und die Luft vom frischen Saft der Pflanzen durchduftet war.

Bei seinem Anblick kam Jack ein närrischer Gedanke, einer jener Gedanken eines glücklichen Kindes, das alles um sich her mit seinem Glück in Uebereinstimmung bringen will.

„O, Mama, wenn wir Madou mitnähmen!“

Die Erlaubnis war schwerer zu erhalten wegen der vielfachen Verrichtungen des kleinen Königs im Gymnasium, aber Jack bat so inständig, daß die treffliche Frau Moronval erklärte, sie selbst wolle für diesen Tag alle Arbeiten des kleinen Negers übernehmen.

„Madou, Madou“, schrie das Kind im Hinauslaufen, „rasch zieh' Dich an, wir nehmen Dich mit uns in unseren Wagen, wir werden im Wäldchen frühstücken.“

Eine Minute der Verwirrung. Madou war bestürzt. Frau Decostere suchte ihm für diese Veranlassung eine geliehene Tunique hervor. Der kleine v. Barancy hüpfte vor Freude, und Frau von Barancy, geschwätzig wie ein Vogel, den das Geräusch aufschreckt, teilte Herrn Moronval eine Menge Einzelheiten über d'Argentons Reise und den verzweifelten Zustand seiner Tante mit.

Endlich fuhr man fort.

Jack und seine Mutter saßen auf dem Rücksitz der Halbkutsche, Madou auf dem Bock neben Augustin; freilich wenig königlich, aber Seine Majestät hatte schon Aergeres gesehen.

Die Fahrt war reizend. Diese lange Avenue der Kaiserin, so breit am Morgen, so lustig, so familiär. Man begegnete einigen jener Spaziergänger, die schon vor dem Treiben, dem Lärmen, dem Staube des Tages etwas Sonne zu atmen lieben, Kindern mit ihren Erzieherinnen, ganz kleinen, auf dem Arm getragenen, in ihren feierlichen, langen, weißen Kleidern, anderen, größeren, mit nackten Beinen und wallenden Haaren. Einige Reiter und Amazonen ritten vorüber, und in der vornehmen Allee bewahrte der frisch geharkte Sand noch die Spuren dieser ersten Spazierritte und glich mit seinen grünen Rasenplätzen mehr dem Wege eines Parks als einem öffentlichen Ort. Derselbe ruhige, prächtige, frische Anblick war über die im Grün vereinzelt daliegenden Landhäuser gebreitet, deren rosenfarbene Backsteine und bläuliche Schieferdächer an diesem schönen Morgen wie in frischem Licht gebadet erschienen.

Jack war begeistert, umarmte seine Mutter, zupfte Madou an seiner Tunique.

„Bist Du zufrieden, Madou?“

„O sehr zufrieden, Herr.“

Man langte im Wäldchen an. Dort sah man einige Alleen, an denen nur die Gipfel von keimendem Grün verbrämt oder vom Saft gerötet waren, so daß die von der Sonne ganz gebadeten Zweige einen dunstigen Eindruck machten. Die verschiedenartigen, mehr oder minder frühzeitigen Bäume wechselten von dem zarten Grün neuer Triebe bis zu dem immerwährenden Grün des winterlichen Staudengewächses. Stechpalmen, welche auf ihren steifen und gekräuselten Blättern den Schnee getragen hatten, standen dicht neben knospendem, noch ganz frostigem und mißtrauischem Flieder.

Der Wagen hielt am Restaurant des Pavillon, und während man das Frühstück auftrug, stieg Frau von Barancy mit den Kindern aus, um den Weg um den See zu machen. In dieser frühen Morgenstunde war er noch nicht gestört von den langen Nachmittagsspaziergängen und all dem modischen Pomp gepuderter, betreßter Kutscher, aufgezäumter Rosse, funkelnder Wagenachsen.

(Fortsetzung folgt.)

zelterinnen noch länger als zehn Stunden arbeiten. Die kürzere Arbeitszeit haben sie unter furchtbaren Opfern dem Unternehmertum abtrotzen müssen; und da kommt die Novelle mit einem Zehnstundentag und läßt noch eine Reihe von Ausnahmen zu. Von einem gesetzlichen Maximalarbeitstag für erwachsene männliche Arbeiter schweigt die Novelle vollkommen. Der Artikel 3 der Novelle enthält endlich noch die Aufhebung der als lediglich schikanös erkannten Lohnzahlungsbücher für Minderjährige in Fabriken.

Artikel 4 der Novelle (§ 139 n bis 139 y) macht einen unzulänglichen Versuch einer Heimarbeits-Reform nach dem Rezept, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Keine allgemeinen Bestimmungen sollen erlassen werden, sondern lediglich für bestimmte Gewerbe soll der Bundesrat vorschreiben dürfen, nicht daß die Vorschriften über Fabriken, sondern die auch ohne besondere Gesetzesbestimmungen auf Grund der Allgemeinbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches giltigen Schutzvorschriften und die Gewerbeaufsicht Anwendung finden sollen.

Der 5. Artikel enthält Strafvorschriften. Aus der Begründung ist folgendes Zugeständnis bemerkenswert: „Die Strafen, die von den Gerichten wegen Zuwiderhandlung gegen die Arbeiterschutzgesetze verhängt werden, sind größtenteils auffallend niedrig, und stehen häufig in keinem richtigen Verhältnis zu den Ersparnissen, die dem bestraften Unternehmer aus der Zuwiderhandlung erwachsen sind." Eine Verschärfung der Strafbestimmungen an sich genügt aber keineswegs, um eine wirkliche Durchführung der Schutzvorschriften, an der der Arbeiterklasse mehr liegt als an einer nachträglichen Bestrafung, herbeizuführen. Hierfür ist eine Beteiligung der Arbeiter bei der Ueberwachung der Schutzvorschriften und auch bei dem Auswerfen der Strafen dringend erforderlich.

Der Gesetzentwurf bleibt hinter den niedrigst gespannten Erwartungen zurück. Der Entwurf ist weit von einer auf Gleichberechtigung der Arbeiter beruhenden Grundlage und einem auf Schutz der Arbeiter abzielenden Gesetze entfernt. Im Jahre 1890 anerkannte der Kaiser, daß es Pflicht der Gesetzgebung sei, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern. Das Roß kaiserlicher Sozialreform ist vom Verband deutscher Großindustrieller angehalten, abgesattelt und zu beschaulicher Ruhe in den Stall gestellt.

Politische Uebersicht.

Ein flotter Flottenschwindel. Ein Teil der bürgerlichen Presse, der aus den trüben Rinnsalen der Reichslügenverbands-Korrespondenz gespeist wird, schreibt:

Die sozialdemokratischen Agitatoren wissen immer mit Evidenz nachzuweisen, daß unsere Flotte nur gebaut wird, damit Kanonen- und Panzerplattenkönige französischen Sekt in Strömen trinken können. Es ist belehrend, einmal zu sehen, wie es in Wirklichkeit steht. Die deutsche Marineverwaltung hat im Rechnungsjahr 1906 im ganzen 25,7 Millionen Mark an Arbeitslöhnen gezahlt. Auf die Arbeiter der Kieler Werft entfielen 10 Millionen Mark, der Wilhelmshavener Werft 8,3 Millionen Mark, der Danziger Werft 2,6 Millionen Mark und der Torpedowerkstatt Friedrichsort 0,4 Millionen Mark. In eine Summe von 1,8 Millionen Mark teilen sich die Arbeiter der Lazarette, Verpflegungs- und Bekleidungsämter, sowie der Artillerie-, Munitions- und Minendepots. Im ganzen beschäftigte die Marineverwaltung am 1. November 1906 19,670 Arbeiter. Von diesen waren 7147 auf der Werft Kiel, 6684 auf der Werft Wilhelmshaven, 2809 auf der Werft Danzig und 1267 auf der Torpedowerft Friedrichsort tätig. 607 waren in den Bekleidungs- und Verpflegungsämtern und 1156 in den Artillerie-, Minen- und Munitionsdepots beschäftigt.

Das ist ein alter, fauler Zauber! Man hütet sich wohlweislich, neben die Summe der Arbeitslöhne, die sich auf Zehntausende von Arbeitern verteilt, die Summe der Profite und Dividenden zu setzen, die sich auf eine Handvoll Panzerplatten-Magnaten verteilt. Man hütet sich ebenso sorgfältig, an den „Patriotismus" dieser Panzerplatten-Magnaten zu erinnern, die, wie aktenmäßig nachgewiesen wurde, an das Ausland ihre Panzerplatten um ein gut Teil billiger lieferten, als an das vielgeliebte deutsche Vaterland. Man vergißt auch, neben die Summe der Arbeitslöhne die märchenhaft hohe Summe zu halten, mit der die Arbeitermassen durch die Erhöhung der indirekten Steuern und Lebensmittelzölle als eine Folge der Flottenbauten belastet worden sind. Man stellt es vielmehr so dar, als würden die 19,670 Arbeiter, wenn sie nicht am Bau von Panzerkähnen beschäftigt wären, keine Arbeit finden, während gerade das Gegenteil der Fall ist: sie würden sogar, statt wie jetzt unproduktive, produktive Arbeit leisten. Den Wert der Flotte auf diese Art der Arbeiterschaft vorzudemonstrieren, heißt doch ein bißchen viel Leichtgläubigkeit voraussetzen, und ist genau so geistreich, als wollte man das Verbrechen verherrlichen, weil es durch den Bau von Gerichtsgebäuden, Zuchthäusern und Strafanstalten den Arbeitern Arbeitsgelegenheit verschaffe.

Flottenvereinsfreunde auf Kommando. Aus Bayern schreibt man uns: Als es vor einigen Jahren zum „guten Ton" gehörte, in jedem Orte einen Flottenverein zu gründen oder diesem beizutreten, da schwamm ganz Bayern auf dem Wasser. Massenhaft traten die gutgesinnten Leute den Ortsgruppen bei, zumal die erste Veranstaltung des neuen Vereins mit Militärmusik bei freiem Entree arrangiert war. Nun, nachdem ein bayerischer Prinz wegen der bekannten Vorgänge in Berlin seinen Austritt aus der bayerischen Vorstandschaft erklärt hatte und andere Flottenfreunde mit klingenden Namen, Fürst Thurn und Taxis, Graf Fugger usw., seinem Beispiel folgten, da hielten es auch die Mitglieder, denen bisher die Militärkonzerte so gut gefallen hatten, für angebracht, aus dem Flottenverein auszutreten. Dutzendweise lösen sich gegenwärtig die Ortsgruppen in den Provinzorten auf. Wenn man auch nicht sagen will allen, so doch dem allergrößten Teil dieser bisherigen Flottenvereinsmitglieder ist der Flottenwahnsinn eines Keim und die „Unehrerbietigkeit" eines Stresemann ganz Wurst, sie nehmen die Gelegenheit war, der nur gezwungen — standeshalber oder aus Geschäftsrücksichten — mitgemachten Flottenfexerei den Rücken zu kehren, was den guten Bürger und Patrioten aber nicht hindert, wieder ein begeistertes Mitglied des Flottenvereins zu werden und dessen Lichtbildervorträge mit Regimentsmusik wieder massenhaft zu besuchen, sobald oben der Wind wieder anders weht.

Nahezu sozialdemokratisch ist zum blassen Entsetzen aller frommen Bürgersleute das vom Lizenziat Mumm redigierte „Reich" am Weihnachtsabend geworden. In seinem Weihnachtsartikel heißt es:

Eine niedergehende wirtschaftliche Konjunktur hat die auch sonst vorhandene Zahl der winterlich Arbeitslosen gewaltig vermehrt: überall, und sonderlich in den Großstädten finden sich Arbeiter, die Arbeit suchen, aber nicht finden. Immer wieder erhebt sich vor uns das große noch ungelöste soziale Problem: wie kann man's möglich machen, den Arbeiter, der nur auf seiner Hände Arbeit angewiesen ist, gegen Arbeitslosigkeit zu sichern. Gelöst aber muß diese Frage werden. Denn der Normal-Zustand eines christlichen Gemeinwesens ist nicht erreicht, solange am Weihnachtstage in Berlin W. die Tische unter der Last der Gaben brechen, und in Berlin N. die Kohlen fehlen, um das Zimmer zu heizen, die Milch, um die Kinder zu nähren.

Stimmt alles! Aber das Christentum hat sich 18 Jahrhunderte hindurch nicht fähig gezeigt, diese Zustände zu korrigieren, sondern es hat sich an die Seite des hohen Gabentisches in Berlin W. gesetzt — siehe das letzte Bischofsessen — und irdisches Wohlsein der christlichen Armut vorgezogen, woran auch der Artikel des „Reich" nichts mehr ändern wird.

Ein aufrechter Mann als Bürgermeister und seine Behandlung von den Aufsichtsbehörden. Ueber den aus Karlsruhe stammenden Gerichtsassessor Hartmann, den eine sozialdemokratische Bürgermehrheit in Waltershausen im Herzogtum Gotha früher einmal zum Bürgermeister gewählt hatte, schreibt ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes" folgende interessante Einzelheiten:

In Eisenach ist zum Zweiten Bürgermeister der Gerichtsassessor Hartmann aus Karlsruhe gewählt, der bis vor kurzer Zeit Bürgermeister der gothaischen Stadt Waltershausen war. Die Wahl Hartmanns dürfte allen denen im Herzogtum Gotha höchst unwillkommen sein, denen die Zeit seiner Wirksamkeit in Waltershausen lediglich Gefühle des Unbehagens erregt hat. Muß diesen Kreisen doch der Umstand, daß er gleich im ersten Wahlgange mit einer überwältigenden Majorität von mehr als tausend Stimmen gewählt wurde, zeigen, daß Hartmann doch wohl nicht ein derart gefährlicher Mann sein kann, als der er im Gothaischen von einer einflußreichen Gruppe verschrien war, die selbst nicht davor zurückschreckte, den allerdings vergeblichen Versuch zu machen, ihn seiner Reserveoffiziersuniform zu entkleiden!

Hartmann war in Waltershausen zunächst nur auf ein Jahr gewählt, und als die allerdings ausschließlich sozialdemokratischen Stadtverordneten seine lebenslängliche Anstellung beschlossen, beanstandete das Ministerium eines Formfehlers wegen dieses Verfahren und schrieb eine förmliche Neuwahl vor. Es war gewiß reiner Zufall, daß gerade in die Zeit bis zur endgiltigen Erledigung der Wahl eine Neuwahl von Stadtverordneten fiel, welche eine andere Zusammensetzung des Kollegiums ergab, indem nunmehr die Hälfte aus nichtsozialdemokratischen Stadtverordneten bestand, unter denen auch einige Gegner Hartmanns waren. Die Folge davon war, daß Hartmann nur die Hälfte der Stimmen der Stadtverordneten erhielt, und daß das Ministerium zwischen ihm und einem anderen Kandidaten wählen mußte. Obwohl Hartmann selbst eine Audienz beim Herzog hatte, und obwohl ferner eine Abordnung der Bürgerschaft diesen um die Bestätigung ihres Bürgermeisters bat, wurde sein Gegner bestätigt; von jener kleinen Gruppe war ebenfalls eine Abordnung beim Herzog gewesen! Hartmann ging nach Karlsruhe zurück.

Nun kommt der glänzende Sieg Hartmanns in Eisenach, der Nachbarstadt Gothas. Sein Sieg war schon entschieden, als er in einer Bürgerversammlung sich vorstellte und seine Rede mit den Worten schloß: „Gerade hier, auf historischem Boden, wo die Erinnerung an Luther weiterlebt, der das kühne Wort sprach: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!", hier im weimarischen Lande, wo ein Staatsminister seinen „Egmont" schrieb, und wo ein Schiller sein Freund war, der die „Räuber" und „Don Carlos" schreiben konnte, hier ist der rechte Boden, wo man es verstehen sollte, daß ein deutscher Staatsbürger auch ein freies Wort sprechen kann, ohne gleich ein Rebell zu sein."

Wie die Ansprache und die Herzogsaudienz zeigt, ist Hartmann weit entfernt davon, Sozialdemokrat zu sein und doch sind solche aufrechte Männer in amtlichen Stellen so selten wie weiße Sperlinge. Wo hätten wir in Preußen einen, der statt Monarchengeburtstagsreden zu halten, einmal ein derbes Wort nach oben riskierte? Nach unten ja — aber vor den Höchsten und Allerhöchsten kann man nur katzbuckeln!

Der beleidigte Offizier. Die Empfindlichkeit der „Erstklassigen" kennt keine Grenzen. Ein Beispiel dafür lieferte eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht zu Dresden, wo sich wegen verleumderischer Beleidigung seines Leutnants, Belügens eines Vorgesetzten und Ungehorsams der Gardist Fellendorf vom Gardereiter-Regiment zu verantworten hatte. Bemerkenswert ist auch hier, daß der Angeklagte wegen ein und desselben Vergehens zweimal bestraft wurde. Fellendorf war Bursche bei seinem Leutnant. Letzterer befand sich im Oktober d. J. einige Tage auf Urlaub. Während dieser Zeit unternahm der Angeklagte mit dem Geschirr seines Herrn eine Spazierfahrt. Am Tage darauf wurde das Pferd krank, so daß der Roßarzt hinzugezogen werden mußte. In seiner Angst, daß er bestraft werden könne, gab er leichtfertiger Weise auf die Frage des Roßarztes und auch dem Wachtmeister gegenüber an, der Leutnant habe eine schnelle Fahrt mit dem Pferde unternommen und es dadurch überanstrengt. In dieser völlig unbedachten Aeußerung wird der Vorwurf der Tierquälerei gegen den Leutnant erblickt. Der Angeklagte wurde einige Tage darauf vom Rittmeister wegen Ungehorsam (weil er trotz Verbotes mit dem Pferde des Leutnants ausgefahren ist, zu drei Tagen mittleren Arrest verurteilt.

Als Fellendorf seine Strafe antrat, sagte er ebenso unbefangen zum Wachtmeister: „Der Herr Leutnant hat mir zehn Mark gegeben, ich soll ruhig meine Strafe verbüßen, er wird schon später für mich sorgen!" Dadurch soll der Angeklagte dem Leutnant den Vorwurf der Bestechung gemacht haben. Fellendorf verbüßte seine ihm auferlegte Strafe.

Später stellte sich auf einmal heraus, daß die Straftaten gerichtlich abgeurteilt werden müßten. In den Aeußerungen des Angeklagten, welche dieser offenbar ohne jeden Vorbehalt und in Unüberlegtheit getan hat, wurde außerdem noch das Belügen eines Vorgesetzten erblickt. Man stellte den Angeklagten auch noch einmal wegen Ungehorsam unter Anklage, obgleich er schon deswegen bestraft war und die Strafe auch verbüßt hatte.

In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht gab der Angeklagte an, er habe sich bei den Aeußerungen absolut nichts gedacht und diese nur getan, um sich herauszureden, da man ihn zuerst im Verdacht hatte, die Krankheit des Pferdes verschuldet zu haben. Der Leutnant als Zeuge vernommen gab an, daß er sich durch die Aeußerungen des Angeklagten aufs schwerste beleidigt fühle. Der Vertreter der Anklage beantragte wegen der „schweren Straftaten" sieben Monate Gefängnis!

Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten zu der harten Strafe von **5 Monaten Gefängnis!!** indem es zu seinen Gunsten annahm, daß sich der Angeklagte der Schwere der Beleidigungen nicht bewußt gewesen sei, und weil er wegen einer Straftat schon eine Strafe erlitten hatte. Den Angeklagten nahm man sofort in Haft — Was gilt dem Militarismus ein Mensch!

Oktuli, da kommen sie. Die Reichssteuer-Projekte sind dem Bundesrate nunmehr zugegangen. Das Präsidium des Bundesrates wird sich damit in der 1. Sitzung nach Neujahr befassen. In der Spiritusmonopol-Vorlage (Entwurf über den Zwischenhandel mit Branntwein) waren in letzter Stunde noch Aenderungen notwendig, so daß der Plan, diese Frage noch vor Weihnachten zu erledigen, aufgegeben wurde. Die Zigarren-Banderolen-Steuer liegt ebenfalls den Bundesrats-Mitgliedern vor, doch scheint es, als ob die Regierung gewillt sei, diese Vorlage zu gunsten einer Steuer auf bessere Sorten, die finanziell ergiebiger sein würde, zurückzuziehen (?). Nach Neujahr wird dem Bundesrat auch die Vorlage über eine anderweitige Erhebung der Matrikular-Beiträge zugehen. Ueber unbestimmte Andeutungen kommt auch diese Meldung nicht hinaus. Je später die Projekte bekannt werden, um so rascher werden sie durchgejagt.

Streit um Kaiserreisen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Es tauchen immer wieder, namentlich in ausländischen Zeitungen, Angaben auf, die für Beginn des Frühjahrs eine Reise des Kaisers nach dem Mittelmeer und einen Besuch auf Korfu bestimmt in Aussicht stellen. Neuerdings werden diese Meldungen bereits mit näheren Einzelheiten über Monarchenbegegnungen im Mittelmeer ausgeschmückt, an welchen der Kaiser beteiligt sein soll. Wir möchten dem müßigen Gerede gegenüber betonen, daß über die Auslandsreisen des Kaisers für nächstes Jahr noch kein Entschluß gefaßt ist. Wir wiederholen die Aufforderung, man möge doch, bevor man Meldungen über die Kaiserpläne in die Welt schickt oder aus ausländischen Blättern übernimmt, sich erst an den zuständigen Stellen vergewissern, ob und was im Einzelfalle davon zutreffend ist. — Eine kleine Ohrfeige für die Klatschpresse, die sich jedoch nicht beirren lassen wird.

Der Dank der Echtrussen an den Rektor der Berliner Universität. Die „Petersburger Telegraphenagentur" meldet aus Elisawetgrod, daß die Echtrussen in einem Huldigungstelegramm an den Rektor der Berliner Universität ihren Dank für die Ausweisung der russischen Studenten ausgedrückt haben.

Die Mordbrenner und Judenschlächter, die Helden von Kischineff und Bjelostok, als Danksager der Berliner Universitätsprofessoren. Diese Schmach könnten sich die Herren verbitten, wenn sie sich nicht zu folgsamen Dienern der Berliner Polizei erniedrigt hätten.

Die „erste Frau im Stadtrat", von der die Blätter zu melden wußten, war lediglich als Direktorin der städtischen höheren Mädchenschule zu den einen Schulneubau betreffenden Verhandlungen des Kreuznacher Stadtrates hinzugezogen worden. Unter den Stadtverordneten erhob sich Widerspruch gegen ihr Erscheinen, der Bürgermeister aber erklärte, daß selbstverständlich der Schulleiter, sei er nun Mann oder Frau, zugegen sein müsse. Die Dame nahm dann auch an den Verhandlungen teil und sprach so sachlich und ruhig, daß selbst das Organ des Zentrums bemerkte, „sie habe ihre Sache mit großem Geschick geführt." Bei später einberufenen Sitzungen war von einem Ausschluß der Frau dann auch nicht mehr die Rede.

Das sogenannte Gnadenvierteljahr. Dem Herrenhaus ging der Gesetzentwurf betreffend Zahlung der Beamtenbesoldung und des Gnadenviertels zu. Er bestimmt, daß die unmittelbaren Staatsbeamten ihre Besoldung vierteljährlich voraus erhalten. Hinterläßt ein unmittelbarer etatsmäßiger Staatsbeamter eine Witwe oder Kinder, so wird die volle Besoldung des Verstorbenen noch für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate unter Anrechnung der vor dem Tode fällig gewordenen Besoldungsteile gewährt. In dem Genusse der Dienstwohnung bleibt die Familie nach Ablauf des Sterbemonats noch fernere drei Monate.

Wie steht Prinz Rupprecht zur unbefleckten Empfängnis? Die Nachricht, daß der im November gestorbene Prinz Arnulf von Bayern das Dogma der unbefleckten Empfängnis Mariä nicht anerkannte und deshalb einen päpstlichen Orden abgelehnt habe, ist dahin richtigzustellen, daß Prinz Arnulf aus diesem Grunde nicht Mitglied des bayerischen Hausritterordens vom heiligen Georg wurde. Dieser Orden hat in seinem alten Statut die Bestimmung, einzutreten für die Ehre Gottes, der unbefleckten Mutter Mariä und des alten Haus- und Landespatrons, des heiligen Georg. Die Brüder des Prinzen, Ludwig und Leopold, sind seit 1874 Großpriore des Ordens, Prinz Arnulf ist aber nicht Ordensmitglied geworden, weil er die Verteidigung der unbefleckten Empfängnis der heiligen Jungfrau Maria nicht zu seiner Sache machen wollte.

Der Gemeinderat von M.-Gladbach-Land hat die Anfangs- und Grundgehälter sämtlicher Lehrpersonen der Landgemeinde um je 100 Mk. erhöht. — Wenn ihm der Minister nur keinen Strich durch die Rechnung macht.

Fortschritte der Feuerbestattung. Der Nürnberger Magistrat beschloß mit 13 gegen 6 Stimmen, dem Gemeindekollegium-Beschlüsse beizutreten, wonach trotz angeblicher landesgesetzlicher Hindernisse und trotz klerikaler Mehrheit des bayerischen Landtags der Bau eines Krematoriums in Nürnberg unverzüglich zu beginnen ist.

Ausland.

Der ewige Kreislauf des Unsinns. Seit Tagen berät der französische Senat das Marine-Budget. In einer der letzten Sitzungen, so melden Telegramme, tadelte der Berichterstatter Poirier die — Langsamkeit der französischen Marinebauten und den Rückgang der französischen Flotte, welche nunmehr bereits von der deutschen überholt sei. Er befürwortete eine größere Schnelligkeit in der Ausführung der Pläne und der Bauten. Admiral de Cuverville tadelte seinerseits ebenfalls die Langsamkeit der Marinebauten und wies darauf hin, daß nunmehr Frankreich bald hinter Japan als Marinemacht rangieren werde. — Das ist eine Folge der neuesten Flottenraserei in Deutschland. Die deutschen Flottenfexe werden natürlich nun diese französischen Aeußerungen wieder benützen, nachzuweisen, daß — Deutschland sich mit den Flottenrüstungen noch mehr beeilen müsse, damit Frankreich nicht wieder Vorsprung gewinne. Und so fort — ein ewiger Wahnsinn!

* * *

30,000 Familien im Mieterstreik. Die Londoner „Tribüne" meldet aus New York, daß für den 1. Januar ein großer Mieterstreik erwartet wird, der von den Sozialisten organisiert wird. (Die „Volkswacht" hat kürzlich in dem Artikel „Fünfmalhunderttausend Teufel" die Idee eines Mieterstreiks besprochen.) 30,000 Familien in den Proletariervierteln weigern sich, die Miete in der bisherigen Höhe zu zahlen. Sie behaupten, daß die wirtschaftliche Lage eine 30 prozentige Herabsetzung der Mietspreise erfordere. Tausende von Exmissionen stehen bevor. In Massenversammlungen wurde darauf hingewiesen, daß dadurch die Notlage sich so verschärft hätte, daß die Grundbesitzer die bedenkliche Gewohnheit hätten, ihre Mietshäuser an Leute zu verpachten, die ihrerseits von ihren Mietern unverhältnismäßig hohe Mietspreise verlangten.

„Im Lande herrscht Ruhe." Aus Petersburg kommt eine neue Statistik, die aufs neue Stolypins Wort von der Ruhe im Lande illustriert: Vom 1./14. November bis zum 1./14. Dezember dieses Jahres sind in Rußland 275 bewaffnete Ueberfälle ausgeführt, 500,000 Rubel geraubt, 140 Personen ermordet, 165 verwundet worden, bei Verhaftungen und in den Gefängnissen getötet und verwundet wurden 92, gelyncht 47, zum Tode verurteilt 207, hingerichtet 78, wegen politischer Verbrechen zu Zwangsarbeit verurteilt 1680.

* * *

Russisches, allzu Russisches. Man schreibt uns aus Petersburg:

Die öffentliche Aufmerksamkeit wird hier durch eine ganze Reihe grandioser Prozesse andauernd gefesselt, die uns die wichtigsten Ereignisse der sturmbewegten letzten Jahre grell vor Augen führen. Wir sahen den Prozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma, der der Regierung Gelegenheit gab, sich mit der ganzen Wucht ihrer Repressivgewalt auf ihre Todfeinde zu stürzen und die konsequentesten, mutigsten Vertreter des Volkes zu Zwangsarbeit und Deportation zu verurteilen. Jetzt wiederum tobt der Prozeß gegen 169 Mitglieder der ersten Duma, die das „Verbrechen" begingen, nach Sprengung der ersten Duma das Volk zur Steuer- und Rekrutenverweigerung aufzufordern. Nach der unerhört grausamen Verurteilung der Sozialdemokraten, die keinen Hehl daraus machten, daß sie durch ihre Arbeit in der Duma das Volk um sich scharen wollten, um für die Konstituante zu kämpfen, müssen nun auch diejenigen heran, die zwar im Wyborger Manifest den passiven Widerstand proklamiert hatten, jedoch nach diesem „Schlag ins Wasser" keinen Finger rührten, um ihren Beschluß durchzuführen.....

Während so die Regierung mit den ersten zwei Volksvertretungen abrechnet, um in der vom Staatsstreich geborenen „Herrenduma" auf ihren „Lorbeeren" auszuruhen, liquidiert sie im Prozeß gegen die „Helden von Port Arthur" die „vorkonstitutionelle" Periode, die, von den Niederlagen bei Mukden und Tschima tödlich getroffen, von den revolutionären Kämpfen des Jahres 1905 zertrümmert wurde. Die Reptilienpresse spricht von einer „ausgleichenden" Gerechtigkeit, die in gleicher Weise sowohl die „revolutionären Exzesse" sühne, die in der ersten und zweiten Duma zum Ausdruck gelangten, wie die „Fehler" jener Generäle, die Rußland an den Rand des Unterganges brachten. In der Tat, die Gerichtsverhandlungen gegen General Stössel und Konsorten decken einen solchen Abgrund von Unfähigkeit, Lüge und Gemeinheit auf, sie zeigen uns die patentierten „Leiter" der Geschicke Rußlands in so widerwärtiger Gestalt, daß nicht sie, sondern das ganze System, dessen Diener sie waren, gerichtet ist. Von seiger Furcht erfaßt, suchen die angeklagten Kriegsführer sich gegenseitig die Schuld aufzubürden, suchen die Vertreter der einzelnen Ressorts ihre verbrecherische Unfähigkeit hinter der ihrer Kollegen zu verbergen. Hier kommt es zu den widerwärtigsten Zusammenstößen zwischen Stössel und Fock und Smirnow einerseits, zwischen Kuropatkin und Witte andererseits, und was trotz des engen Rahmens des Prozesses dabei ans Tageslicht gelangt, übertrifft sogar die Anschuldigungen, die von „umstürzlerischen" Blättern seit Jahr und Tag vorgebracht wurden.

Allein, wer sitzt über diese „Helden" zu Gericht? Wer „liquidiert" die schmachvolle Periode, die den Oktobertagen vorausging? Niemand als dieselbe Regierung, dasselbe System, das diese „Helden" hervorbrachte! Die konstitutionellsten Flicken, die nach dem Staatsstreich vom 17. Juni übrig geblieben sind, verhüllen nur notdürftig den Absolutismus der Plehweschen Zeit, und hinter den pseudo-konstitutionellen Allüren Stolypins und Konsorten reckt sich die blutbesudelte Gestalt des allrussischen Henkers in Lebensgröße empor. Nicht sie sind berufen, die „Sünden" der Vergangenheit zu liquidieren, nicht sie sind die Träger einer „ausgleichenden Gerechtigkeit", denn die Praxis des Tages übertrifft an wilder Grausamkeit, an unfruchtbarem Bureaukratismus die ärgsten Zeiten der „vorkonstitutionellen" Periode. Sie liquidieren zwar, kraft ihrer physischen Gewalt, rein äußerlich einzelne Momente der jüngsten Vergangenheit, sie sind aber jetzt wie früher außer stande, die großen brennenden Fragen des Volkslebens zu liquidieren, die die Revolution mit allen ihren Nebenerscheinungen heraufbeschworen haben.

* * *

Ein Protest gegen die richterlichen Zaren-Kreaturen. Aus Petersburg wird telegraphiert: Der Prozeß gegen die 169 Duma-Deputierten wegen des Wyborger Aufrufs nahm gestern einen äußerst sensationellen Verlauf. Der Verteidiger der Kadettenangeklagten der bekannte Kriminalist Makkakow hielt eine begeistert aufgenommene Rede. Er sagte, er wolle heut nicht die hier sitzenden Angeklagten verteidigen, sondern das Gericht, das die Regierung vergewaltigt, anklagen. Dieser Prozeß sei lediglich eine **politische Maßregel.** Nach Makkakow verzichteten die anderen 60 Anwälte im Namen ihrer Klienten auf die Verteidigung. Rechtsanwalt Alexandrow sagte: Wir sind in diesem Augenblick keine Anwälte, sondern Bürger und Wähler der 1. Duma. Nach Sitzungsschluß traf die gesamte Opposition der dritten Duma im Foyer des Gerichtsgebäudes ein und bereitete dem Expräsidenten Muromzow eine Ovation, wobei der Kadett Roditschow eine Adresse verlas, die begeistert aufgenommen wurde."

Bereits am Tage vorher war den Richterschergen aus der Anklagebank heraus ihre Schande ins Gesicht geschleudert worden.

* * *

Ein Ruck nach links im Bergarbeiter-Verbande von Amerika scheint zu konstatieren zu sein. Das „B. T." läßt sich aus New York kabeln: „Aus Wheeling (West-Virginia) wird hierher telegraphiert, daß T. L. Lewis, der Vizepräsident des Bergarbeiterverbandes, zum Nachfolger des Verbandspräsidenten Mitchell ausersehen ist. Eine inoffizielle Meldung besagt, daß dieser Wechsel im Präsidium einen Umschwung in der Haltung des Bergarbeiterverbandes zur Folge haben wird, der in Zukunft radikaleren Tendenzen als bisher huldigen dürfte. Der Rücktritt Mitchells hängt mit seinem unbefriedigenden Gesundheitszustande zusammen. Es wird jedoch von manchen Seiten auch behauptet, daß er sich um den Posten des Sekretärs des Handelsamtes (Minister für Handel und Gewerbe) zu bewerben gedenke. Der Bergarbeiterverband hat durch Sammlungen 16,000 Dollars (68,000 Mark) aufgebracht, die die Mitglieder ihrem bisherigen Führer bei seinem Rücktritt als Dotation überreichen wollen."

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Der russische Polizeispitzel Gourowicz ist wegen Erpressungen von den schweizerischen Behörden ausgewiesen worden. — Die Reichsduma nahm die im Ministerium des Inneren ausgearbeitete Gesetzesvorlage an, der zufolge ein Kredit von 15,182,000 Rubeln zur Unterstützung der Bevölkerung in den russischen Notstandsgebieten bewilligt wird. — Die „Tribuna" meldet: Infolge der letzten militärischen Streitfragen reichte der italienische Kriegsminister General Pagano eine Demission ein. Giolittis Absicht sei, nunmehr einen bürgerlichen Politiker mit dem Kriegsportefeuille zu betrauen. Giolitti hat dem König das Gesuch Paganos unterbreitet. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. Dezember.

* **Eis auf der Oder.** Infolge des jetzt eingetretenen starken Frostes hat sich zum zweiten Male in diesem Jahre Eis gebildet. Die ersten Schollen, die den Strom immer mehr füllten, kamen an den Brückenpfeilern zum Stehen, besonders an der Lessing- und Sandbrücke. Am Montag-Morgen war der Strom von der Sandbrücke bis auf Sehweite mit Eisschollen bedeckt. Für die Oder-Eisbahn ist die Eisversetzung freilich nicht von Vorteil, da zwischen den einzelnen Schollen noch immer offene Stellen sind.

* **Eine stürmische Szene vor dem Breslauer Gericht.** Wegen Diebstahls und Hehlerei hatten sich heut Morgen drei Angeklagte vor dem hiesigen Schöffengericht I zu verantworten. Es handelte sich um einen Fahrraddiebstahl. Das Fahrrad soll der eine Angeklagte in seinen Besitz gebracht und die anderen beiden sollen es veräußert haben. Jedoch konnte dem einen Angeklagten der Diebstahl nicht nachgewiesen werden und erfolgte deshalb seine Freisprechung, die anderen beiden Angeklagten wurden aber wegen Hehlerei zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte nunmehr wegen Fluchtverdachts sofortige Verhaftung. In diesem Augenblick erhob sich einer der Verurteilten und rief: „Was, wegen Fluchtverdacht!" Dabei stieg er aus der Anklagebank, nahm einen Tisch, schwang ihn in der Luft und stellte ihn umgekehrt vor den Tisch des Staatsanwalts, der sich erschrocken erhob und rückwärts konzentrierte. Diese günstige Gelegenheit benutzte der andere Verurteilte und ergriff die Flucht, wurde aber auf der Höfchenstraße wieder gefaßt und zurückgebracht. Was nun noch hinter geschlossenen Türen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, sich im Gerichtssaale abspielte, entzieht sich der Kenntnis unserer Gewährsmänner, die uns diesen Vorfall soeben mitteilten.

† **Verhaftete Einbrecher.** Am 18. d. Mts. wurde in einer Wohnung auf der Schillerstraße ein Einbruch verübt, wobei Wertsachen und Geld, darunter zahlreiche Kupons, den Dieben in die Hände fielen. Um die Scheckkassette, die in einem Schrank angeschraubt war, in ihren Besitz zu bringen, hatten die Einbrecher diese mit Stemmeisen losgesprengt. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei führten dazu, daß am 29. d. M. drei der Tat dringend verdächtige Personen in Haft genommen wurden und zwar ein zuletzt mit zehn Jahren Zuchthaus wegen Diebstahls vorbestrafter Arbeiter, ein Monteur und dessen Bruder. Letzterer hatte sich durch Ausgaben eines von dem Diebstahl herrührenden Coupons verdächtig gemacht. Die Kriminalpolizei schritt alsbald zur Verhaftung der beiden Arbeiter und veranlaßte auf telegraphischem Wege die Festnahme des in Friedland beschäftigten Monteurs. Gestohlen wurden Coupons der Schlesischen Boden-Credit-Bank Nr. 2700, Serie IV, Litt. E über 300 Mark, Nr. 4783, Serie IV, Litt. E auch über 300 Mark, Nr. 1289, Serie IV, Litt. E über 300 Mk., ein Coupon Nr. 3915, Serie VI, Litt. F über 100 Mk. und ein Coupon Schuldverschreibung des Schles. Pfandbriefinstituts über 100 Mark. Angaben über den Verbleib dieser Wertpapiere sind im Zimmer 56 des Polizei-Präsidiums zu machen.

† **Ein Tausendmarkschein verloren.** Am 29. d. M. verlor ein Kassendiener auf dem Wege von der Tauentzienstraße zur Wallstraße ein Kuvert mit der Adresse „An den Verband für hilfsbed. Kinder, z. H. des Herrn Dr. Rosenthal" enthaltend einen Tausendmarkschein. Der Finder melde sich im Fundbureau des Polizei-Präsidiums.

† **Ein rabiater Bettler.** Am 29. d. M. spät Abends kam ein Mann in eine Restauration auf der Trebnitzerstraße und sprach um eine Gabe vor. Als ihm diese seines dreisten Benehmens wegen verweigert wurde, zertrümmerte er eine große Scheibe und legte sich dann quer über den Bürgersteig. Er benahm sich so renitent, daß er in die Polizeiwache getragen werden mußte.

† **Feuer.** In einer Wohnung Sternstraße 53 entstand dadurch ein Brand, daß ein auf einen Reisekorb gestelltes Licht niederbrannte. Durch das Feuer wurden eine Menge Kleidungsstücke zerstört.

† **Gefunden wurden:** ein Medaillon, ein Spazierstock, eine Wagenplane, ein photographischer Apparat, ein schwarzer Pompadour und ein goldenes Pincenez.

† **Abhanden kamen:** ein grünes Handtäschchen, ein goldener Trauring, ein Regenschirm mit silbernem Griff und ein Portemonnaie mit 6 Mk. Inhalt.

† **Mit Beschlag belegt** wurde ein Winterüberzieher mit Monogramm O. W. Im Ueberzieher steckte noch ein weißes Taschentuch gez. O. W. und ein roter Kragenschoner. Der Eigentümer melde sich im Zimmer 62 des Polizeipräsidiums.

Versammlungen und Vereine.

* **Achtung, Hutarbeiter!** Bei der Firma Alb. Goldstein, Strohhutfabrik in Breslau, Gräbschenerstraße, haben durch neue Arbeitseinteilungen Lohnabzüge stattgefunden. Da sich die dort beschäftigten Kollegen weigerten, hierfür zu arbeiten, wurde ihnen gekündigt. Im „General-Anzeiger" sucht nun die Firma Ziehen und Presser. Solange dort die Differenzen bestehen, wollen die Kollegen diese Fabrik meiden. Die Ortsverwaltung.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Stadt-Theater.** Montag: „Die Meistersinger von Nürnberg". Anfang 7 Uhr. Am Silvesterabend geht zum ersten Male in dieser Spielzeit Rossinis komische Oper „Der Barbier von Sevilla" in Szene. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr und endet um 9½ Uhr. Am Neujahrstage: „Die lustigen Weiber von Windsor". Freitag gastiert Fräulein von der Osten als Friquet in Maillarts beliebter Oper „Das Glöckchen des Eremiten". An allen Nachmittagen der Woche geht zu kleinen Preisen Oscar Wills Weihnachtsmärchen „Aschenbrödel" in Szene, das mit seinen reizenden Kinderballets stürmischen Beifall gefunden hat.

* **Lobe-Theater.** Heute Montag Blumenthal-Kadelburgs Lustspiel „Der letzte Funke". Dienstag zum Silvester-Abend: „Die lustige Witwe". Mittwoch zum Neujahrstage: „Der letzte Funke". Nachmittags zu kleinen Preisen Lehars Operette „Der Rastelbinder". Sonnabend findet die Premiere von Georg Engels Komödie „Die Hochzeit von Posil" statt.

* **Im Thalia-Theater** gelangt am Neujahrstage Riehrers lustige Operette „Der Vogelhändler" zur Aufführung. Billettvorverkauf Dienstag von 10—2 Uhr an der Kasse im Thalia-Theater.

* **Als vierte Volksvorstellung** der laufenden Reihe wird Blumenthal-Kadelburgs lustiger Schwank „Im weißen Rößl" Dienstag für Gruppe E, Freitag für Gruppe F zur Darstellung gebracht. An der Abendkasse Billettverkauf. — Die Ausgabe der Billets für die nächste Serie der Volks-Vorstellungen, Gruppen G und H, beginnt Sonnabend, 4. Januar, von 10 bis 2 Uhr, an der Kasse des Lobe-Theaters, und wird an den folgenden Tagen in der Rendantur des Stadt-Theaters fortgesetzt. Eine Reservierung von schriftlich vorbestellten Billetts erfolgt nach der Reihenfolge des Einganges. Die vorbestellten Billetts, welche Sonnabend bis 2 Uhr nicht abgeholt sind, werden anderweitig vergeben.

* **Schauspielhaus.** Am Montag und den folgenden Tagen Nachmittags 3½ Uhr gelangt das Weihnachtsmärchen „Der Berggeist" zur Aufführung. Diese Vorstellungen finden zu halben Preisen statt. Montag Abend: „Jadwiga". Am Silvesterabend, 7½ Uhr: „Haben Sie nichts zu verzollen?" Am 1. Januar, Abends wird Jarnos Operette „Der Goldfisch" zum ersten Male in dieser Saison zur Aufführung gelangen.

Spielplan des Schauspielhauses.

Dienstag, Nachmittags 3½ Uhr: „Der Berggeist". Abends 7½ Uhr: „Haben Sie nichts zu verzollen". Halbe Preise.
Mittwoch Nachmittags 3½ Uhr: „Der Berggeist". Abends 8 Uhr: „Der Goldfisch".
Donnerstag Nachmitt. 3½ Uhr: „Der Berggeist". Abends 8 Uhr: „Der Dieb".
Freitag Nachmittag 3½ Uhr: „Der Berggeist". Abends 8 Uhr: „Der Zigeunerbaron".
Sonnabend Nachmittags 3½ Uhr: „Der Berggeist". Abends 8 Uhr: „Jadwiga".

Aus Schlesien und Posen.

—r. **Waldenburg,** 30. Dezember. Ein Danaergeschenk ist für die hiesige Arbeiterschaft der vielgenannte reichstreue Ziegenbock. Es hat fast den Anschein, als ob dieser wackere Ziegenvater ebenso wie die anderen Wohlfahrts-Einrichtungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verwendet werden solle. Für die roten Spitzer beginnt das Tier auch bereits gefährlich zu werden, wie der Schlepper August Stehr von der Segen-Gottes-Grube in Altwasser erfahren hat. Dieser hatte sein Butterbrot in dieselbe Nummer der „Volkswacht" eingewickelt, die den Begrüßungsartikel beim Amtsantritt des Ziegenwohltäters enthielt. Während der Brotpause soll Stehr seinen Kameraden diesen Artikel vorgelesen haben. So hat ein Denunziant (es gibt solche Lumpen auch unter der Erde) der Grubenverwaltung berichtet. Diese ist auf Segen-Gottes-Grube recht feinfühlend, besonders wenn es gilt, heilige Güter zu schützen. Der Frevler, der es gewagt hatte, den erhabenen Bock in den Staub zu ziehen, erhielt als modernes Weihnachtsgeschenk seine Entlassung, und damit man dem Missetäter nicht erst zu kündigen brauchte, wurden ihm sechs Schichten vorausbezahlt. Der Verein, welcher den Bock angeschafft hat, nennt sich „Verein zur Förderung des Wohls der arbeitenden Klassen". Er darf auf die Wirkungen seiner Tätigkeit stolz sein; die Arbeitslosigkeit eines sozialdemokratischen Spottvogels ist doch immerhin ein Erfolg, mit welchem sich ein „Arbeiterwohlverein" schon sehen lassen kann.

Neueste Nachrichten.

Erweiterung der „Neuen Zeit".

Berlin, 30. Dezember. Der „Neuen Zeit" wird in Zukunft in jedem Vierteljahr ein Ergänzungsheft beigefügt werden, welches die größeren wissenschaftlichen Abhandlungen enthalten soll, die bisher nur in Fortsetzungen Aufnahme finden konnten. Außerdem wird in jedem Monat eine Feuilleton-Beilage erscheinen, deren Redaktion in den Händen des Genossen Franz Mehring liegt.

Der Revolverschutzmann vor dem Landtage.

München, 30. Dezember. Von liberalen Abgeordneten wurde im bayerischen Landtage eine Interpellation eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

„Was gedenkt der Herr Minister des Innern zu tun, um die anläßlich der Tötung des Studenten Moschel aus Lambsheim durch einen Schutzmann zu Tage getretenen Mißstände bei der Polizei der Königlichen Haupt- und Residenzstadt München zu beseitigen?"

Zur Begründung wird ausgeführt: „Am 21. Dezember wurde der Student Fritz Moschel aus Lambsheim durch einen Revolverschuß eines Schutzmanns dahier getötet. Die bei diesem bedauerlichen Zwischenfall zu Tage getretenen Mängel in der Organisation und Instruktion, der körperlichen und sonstigen Ausbildung, in der Bewaffnung der Schutzmannschaft haben die schärfste Kritik in allen Kreisen des Landes hervorgerufen. Eine tiefgehende Beunruhigung hat sich vor allem der Bevölkerung der zunächst betroffenen Haupt- und Residenzstadt München bemächtigt. Die Interpellanten stellen daher an den verantwortlichen Vertreter der inneren Verwaltung die Anfrage, was zur Abstellung der auch in der Presse aller Parteien scharf gerügten Mängel des Systems geschehen soll."

Wenn wir wo anders keinen Dreiklassen-Landtag hätten, ließe sich über Verbrecher im Schutzmannsrock auch ein deutliches Wort reden. Aber man weiß ja bei unseren Herrschenden, warum das Geldsackwahlrecht so geschützt werden muß.

Generalstreik der italienischen Buchdrucker.

Rom, 30. Dezember. Das Zentralkomitee der Buchdrucker hat den Generalausstand der Schriftsetzer für ganz Italien beschlossen. Es steht noch nicht fest, ob der Generalausstand sofort oder erst in den nächsten Tagen beginnen wird.

Neue Unruhen in Marokko.

Paris, 30. Dezember. (H. T.-B.) Das „Journal" meldet aus Tanger: Neue Unruhen werden aus Fez berichtet. Ein Versuch, das jüdische Stadtviertel zu plündern, scheiterte. Die Behörden sind gezwungen, mit der Steuer-Einziehung auszusetzen. Es fehlt an Geld zur Besoldung der Lokaltruppen. Man fürchtet, daß diese sich den Plündernden anschließen werden. Glücklicherweise befinden sich zurzeit keine Europäer in der Stadt.

Paris, 30. Dezember. (H. T.-B.) „Echo de Paris" meldet aus Tanger! Gerüchtweise verlautet, daß dort 2 Sherifs ermordet wurden.

Das fünfte Eisenbahnunglück!

Frankfurt a. M., 30. Dez. (H. T.-B.) Im Hauptbahnhof fuhr gestern eine Lokomotive auf einen Postwagen, welcher entgleiste und die Ausfahrt nach der Main-Weserbahn eine Stunde lang versperrte. Personen wurden nicht verletzt. (Siehe unter „Aus aller Welt".)

Bielefeld, 30. Dezember. (H. T.-B.) Geheimrat Hinzpeter ist nach mehrwöchentlichem Krankenlager im 81. Lebensjahr gestorben.

London, 30. Dezember. (H. T.-B.) Nach einem Telegramm aus Wellington ist der bekannte sozialistische Führer Keir Hardie bei einem Automobilunfall schwer verletzt worden.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

Offerte B. 1884. Derartige Annoncen nehmen wir in unserer Zeitung, einem sozialdemokratischen Organ, nicht auf. Da müssen Sie schon nach dem „General-Anzeiger" gehen. Den Betrag wollen Sie sich, bitte, wieder abholen lassen.

K. 15, Ostrosnitz. Jedes Kind hat Anspruch auf einen Teil des Nachlasses bezw. den Pflichtteil.

G. B., Brieg. Uns erscheint die Abtragsgebühr zu hoch. Beschweren Sie sich beim zuständigen Postamt.

F. K., Schweidnitz. Ob Sie zu Ihrem Gelde kommen, hängt von den getroffenen Vereinbarungen ab. Schicken Sie uns sämtliche Papiere.

K. 15. Wie lange Sie um den Vater trauern und sich von Tanz und ähnlichen Lustbarkeiten nach seinem Tode enthalten, ist Ihre eigne persönliche Angelegenheit; irgend welche gesetzliche oder sonstige Bestimmungen hierüber gibt es nicht.

Sekretariat für Bauarbeiterschutz.
Bureau: Adlerstraße 2. Telephon 8253

Arbeiter-Sekretariat Breslau.
Nikolaistraße 18/19.
Sprechstd. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Distrikts- und Bezirksführer!

Laut Vorstandsbeschluß sind am Ende des Jahres die Mitgliedsbücher einzuziehen, damit die Beitragsleistung kontrolliert und in die Distriktsliste eingetragen werden kann. Wir ersuchen, schon jetzt die Einziehung der Bücher vorzunehmen und die Zurücklieferung an die Mitglieder zu beschleunigen, damit sie bald wieder in den Besitz der Bücher kommen. Der Vorstand.

Distrikt 8 (Odertor).
Dienstag, den 31. Dezember (Silvester) Abends gemütliches Beisammensein der Genossen und Genossinnen bei Fiebig, Mehlgasse 52/54.

Distrikt 9 (Odertor).
Donnerstag, den 2. Januar, Abends 8 Uhr, findet eine Sitzung sämtlicher Bezirksführer im Distriktslokal Weißenburgerstraße statt. Da wichtige Sachen vorliegen, werden die Genossen ersucht, vollzählig zu erscheinen und die Kontrollkarten mit abzuliefern.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).
Land-Distrikt 4.
Bezirke Hartlieb, Krietern, Klettendorf. Donnerstag, den 2. Januar 1908, Abends 8 Uhr, findet bei Thamm eine wichtige Zusammenkunft statt, in der die Lokalkommission neugewählt wird.
Land-Distrikt 9 (Tschansch).
Bezirk 1. Jeden ersten Mittwoch im Monat Zahlabend im bekannten Lokale.

Verantwortlicher Redakteur: **Gustav Wolff.** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz.** — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau **Hierzu 1 Beilage.**

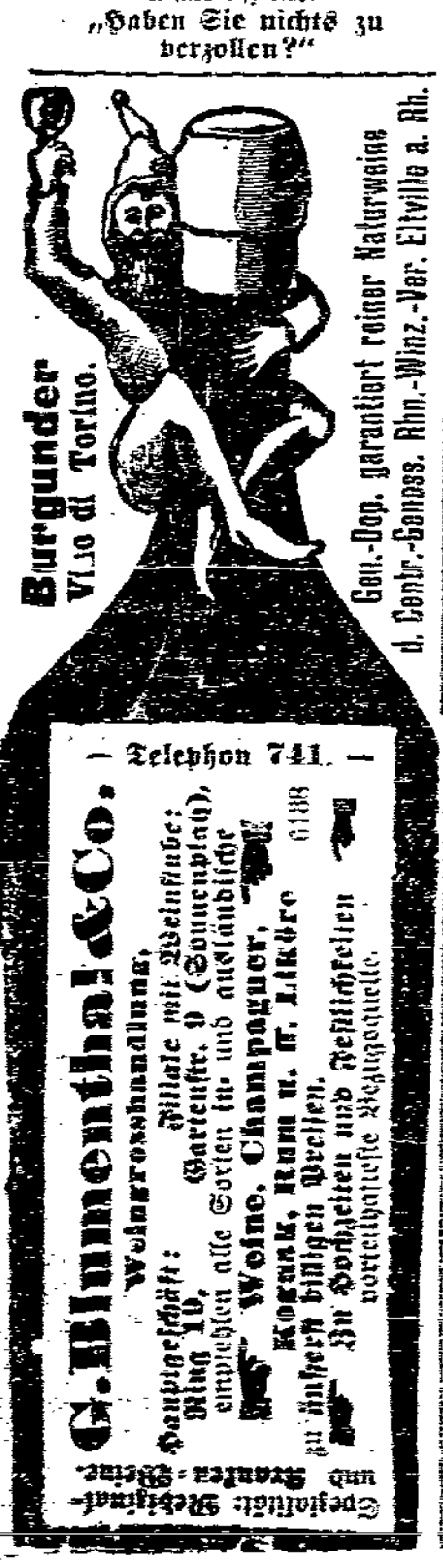
Achtung! „Breslauer Gewerkschaftshaus", Margaretenstraße Nr. 17. **Achtung!**
Mittwoch, den 1. Januar 1908 (Neujahrstag): **Grosse Soiree**
veranstaltet von der **„Ortsgruppe Breslau"** des **Schlesischen Arbeiter-Sängerbundes** unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **Vogel.**
Einlaß 3 Uhr. Programme à **30 Pfg.** sind bei den Mitgliedern und im Gewerkschaftshause zu haben. **Anfang 4 Uhr.** Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**
Nach den Vorträgen: **Abschieds-Kränzchen** des Oekonom **H. Neuberger.** Tanzabzeichen à **30** Pfennige sind an der Kasse zu haben.

Stadt-Theater.
Montag nachmittag 3½ Uhr: „Aschenbrödel"
Abends 7 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg".
Dienstag, nachmittag 3½ Uhr „Aschenbrödel"
Abends 7 Uhr: „Der Barbier von Sevilla".
Mittwoch nachmittag 3½ Uhr: „Aschenbrödel"
Abends 7½ Uhr: „Die lustigen Weiber von von Windsor".
Donnerstag, nachmittag 3½ Uhr „Aschenbrödel".
Abends 7½ Uhr: „Tiefland".
Freitag nachmittag 3½ Uhr: „Aschenbrödel".
Abends 7½ Uhr:
Gastspiel Eva von der Osten: „Das Glöckchen des Eremiten".
Sonnabend nachmittag 3½ Uhr: „Aschenbrödel".
Abends 7 Uhr: „Tristan und Isolde".

Lobe-Theater.
Montag: „Der letzte Funke".
Dienstag: „Die lustige Witwe".
Mittwoch nachmittag 3½ Uhr: „Der Rastelbinder".
Abends 7½ Uhr: „Der letzte Funke".

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.
Dienstag: Gruppe E. 4. Vorstellung. „Im weißen Rößl".
Freitag: Gruppe F. 4. Vorstellung. „Im weißen Rößl".
Mittwoch abends 7½ Uhr: „Der Vogelhändler".
Billettverkauf Dienstag von 10—2 Uhr im Thalia-Theater.

Schauspielhaus
Montag, nachmittag 3½ Uhr bei halben Preisen: „Der Berggeist".
Abends 8 Uhr: „Jadwiga".
Dienstag, nachmittag 3½ Uhr bei halben Preisen: „Der Berggeist".
Abends 7½ Uhr: „Haben Sie nichts zu verzollen?"



Liebichs Etablissement.
Das hochinteressante Dezember-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Ringkampf
um die Meisterschaft von Deutschland für das Jahr 1907/08 und **5000** Mk. in bar.
8 Außerdem: Elite-Nummern. **8**

Knappen-Verein Glückauf Ober-Hermsdorf.
Mittwoch, den 1. Januar: **Tanzkränzchen** im Schützenhause, wozu wir die Mitglieder nebst Angehörigen, sowie Freunde und Gönner des Vereins ergebenst einladen. 6463
Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Punsch per Flasche 0.75, 0.90, 1.25, 1.50, 1.75, 2.50.
Glühwein-Essenz Flasche 0.95, 1.80.
Kognak à Liter 2.00, 3.00, 4.00, 6.00.
5071 **Rum** à Liter 1.20, 1.60, 2.00, 3.00, 4.00, 5.00.
Arac à Liter 1.60, 3.50.
Diverse feinste doppelte und einfache Liköre.
Franzbranntwein in Originalflaschen à 1.25. „Vorsprung" Originalflasche 1.00.
Carl Schirdewan
Kornbrennerei und Likörfabrik, Klosterstraße 102/104. Friedrich-Wilhelmstraße 45.
Gegr. 1762. Telephon 403.

ff. Batavia-Arrak, „ Jamaica-Rum, „ französische und deutsche Kognaks, „ Punsche u. Tafelliköre
empfiehlt 6223
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 6. Flaschenverkauf im Comptoir, Hof, part.

Stamm-Seidel.
Vereins-Seidel, Geburtstags-Seidel, Hochzeits-Seidel, Jubiläums-Seidel, [6224
in großer Auswahl empfiehlt
Otto Miksch, Kupferschmiedestraße 47.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn, Ritterplatz 5, III.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 25
Kein Abzahlungsgeschäft gewähre aber gern Teilzahlung.
Preise enorm billig.

Plüschgarnitur	100 Mk.
Salontisch	18 „
Trumeau mit med. Aufsatz	60 „
Schrank „ „	60 „
Vertiko „ „	45 „
Spiegel mit Schränkchen	35 „
Diwan in gutem Stoff	36 „
Bettstelle mit Matratze	36 „
Rohrstuhl mit hoher Lehne	4 „

Teppiche, Läufer, Uhren, Pianos, erstkl. Fabrikat und sämtl. and. Ausstattungsstücke nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Am 28. Dezember, früh 7 Uhr, verschied sanft nach längerem, mit Geduld ertragenem Leiden mein lieber Gatte, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Bauanschläger
Robert Göhler
im 53. Lebensjahre. 6473
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Dienstag, den 31. Dezember, mittags 12½ Uhr, vom Trauerhause Louisenstrasse 12 aus nach Gräbschen.

Achtung! Steinsetzer! Achtung!
Montag, den 30. d. Mts., abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 7:
Vorstands-Sitzung.
Unsere Mitglieder-Versammlung findet am 3. Januar 1908, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 1, statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Bresl. Gewerkschaftshaus.
Dienstag, den 31. Dezember, abends 8 Uhr:
Großes Silvester-Kränzchen.
Gratis-Verlosung von Kalendern, Polonäse und Verschiedenes.
Entree 10 Pfg. 6461
Es ladet ergebenst ein **H. Neuberger.**

Klettendorf Carl Thamm's Etablissement.
Am Silvester-Abend: **Großer Maskenball.**
Am Neujahrstag: **Oeffentliche Tanz-Musik.**
Einen überfüllten Saal erwartet 6471 **D. O.**

Ein gesundes und verdienstreiches 6472
Neues Jahr
wünscht der Arbeiterschaft von Klettendorf, Hartlieb, Krietern und Umgegend, sowie dem Breslauer Turn-Verein
Carl Thamm und Frau, Gasthofbesitzer, Klettendorf.

Hartlieb Etablissement zur neuen Rennbahn
Heute Dienstag: Großer Silvester-Tanz. Neujahr 1908: Tanzkränzchen. Frischer Bockbier-Anstich.
Es ladet ergebenst ein 6470 **W. Riedel.**

Altwasser. Arbeiter-Gesang-Verein „Freie Sänger".
Dienstag, den 31. Dezember 1907:
Urfideles Silvester-Kränzchen
im „Goldenen Stern", Altwasser. [6464
Anfang 8 Uhr. Ende ? ? ? Tanzschleife 50 Pfg.
Es ladet ein Der Vorstand.

Vereins-Genossen! Sport-Genossen!
Empfehle **Stammseidel, Vereinsseidel** für alle Vereine zu billigsten Preisen.
Vereinsseidel werden nach jedem Muster angefertigt.
Saubere Ausführung! Pünktliche Lieferung! 6465
Hermann Gritz, Breslau, Ritterplatz Nr. 8.
7 Jahre bei Otto Miksch als 1. technische Kraft tätig gewesen.

R. Methner, (vorm. G. Reibstirn)
Uhrmachermeister 5810
Friedrich-Wilhelmstrasse No. 70
Uhren und Goldwaren
Eigene Reparatur-Werkstatt.

Neujahrskarten größte Auswahl, auch mit Namen, kaufen die Genossen am besten u. billigsten in der
Buch- u. Papierhandlg. v. Fr. Joachim, Hirschstr. 77. 6187

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 Stück 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 6222
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft: Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Kinder-Elend
Proletarische Gegenwartsbilder von **Otto Rühle.**
Preis: 75 Pf.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Freie Religionsgemeinde Grünstrasse 14/16.
Jahresschluß-Erbauung: Dienstag, den 31. Dezbr., nachm. 5 Uhr. Neujahrs-Erbauung: Mittwoch, den 1. Jan. 1908, vorm. 9½ Uhr.
Prediger **Tschirn.** 6467

Mehrere große, schöne **Wohnungen** bestehend aus Stube u. Küche sind sof. zu vermiet. u. bald zu beziehen.
Heinrich Herzog, Weißstein.

Masken elegant — preiswert.
B. Altmann, Gartenstr. 65 (Palmengarten) a. d. Schweidnitzerstr. (Tel. 7615.) Katalog gegen 35 Pf. i. Mark. 6460

Ich kaufe gebr. Möbel bei plötzl. Fortreise, Todesf., Umzug Kfe. gz. Wohnungs-Einrichtgn. geg. sof. Zahlg., **Wahler, Gartenstr. 36.**

Hienfong Essenz
beliebtes Hausmittel, für Wiederverkäufer extra stark Dutzend 2,50 Mk. „Starke Qualität" 1,80 Mk. Postpaket enthält 30 Flaschen. Posten billiger.
Altbewährte Bezugsquelle Laboratorium **P. Seifert, Dittersbach No. 77,** bei Waldenburg (Schlesien).

Achtung!
Junges, kernfettes Roßfleisch empfiehlt
Rudolf Langner Anderssenstraße 17.
Wünsche allen meinen Kunden ein recht gesundes neues Jahr. 6469

Neujahrskarten
in großer Auswahl.
à **5** und **8** Pfg.
Buchhandlung „Volkswacht".

Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei in Stuttgart
Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
Redigiert von **Karl Kautsky.**
Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3,25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.
Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Die Gleichheit
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Redigiert von **Klara Zetkin.**
Mit den Beilagen:
Für unsere Mütter und Hausfrauen • Für unsere Kinder
Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 Pfennig oder bei Postbezug viertejährlich 65 Pfg. (inkl. Bestellgeld).

Der Wahre Jacob
Illustrierte humoristisch-satirische Zeitschrift
mit einer Unterhaltungsbeilage. Redigiert von **B. Heymann.** Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 Pfennig od. bei Postbezug vierteljährl. 65 Pfennig (ohne Bestellgeld).
Probenummern auf Verlangen gratis.

Beilage zu Nr. 304 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 31. Dezember 1907.

Chronik der Breslauer Parteibewegung.

Juli.

2. Die Redakteure Genossen Kaul und Wolff werden wegen Beleidigung des Polizeikommissars Simnlok zu 20 bezw. 10 Mk. Geldstrafe verurteilt.
4. Sechs öffentliche Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins mit wissenschaftlichen Vorträgen.
5. Eine gemeinschaftliche Sitzung des Gewerkschaftskartells und Parteivorstandes regelt die Versammlungstage für Partei und Gewerkschaften.
13. Revision der Angeklagten im Krawallprozeß verworfen.
16. Frauen-Versammlung bei Deutscher mit Referat des Genossen Marckwaldt-Königsberg: Das Problem der Frauenfrage.
18. Frauen-Versammlung im Gewerkschaftshause. Genosse Marckwaldt-Königsberg spricht über das Thema: Die Religion und die Frauen.
24. Ein Parteischiedsgericht erkennt auf Ausschluß des Genossen H. Sternitzke aus der Partei.
25. Redakteur Genosse Wolff wegen Beleidigung eines Steuerrats in Oppeln zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt.

August.

5. In einer Volksversammlung im Gewerkschaftshause hält Genosse Dr. Maurenbrecher einen Vortrag über Militarismus und Sozialdemokratie.
13. Der Anarchistenprozeß Birkner vertagt. Wegen Beleidigung eines Polizei-Kommissars wird Birkner zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.
14. Die „Volkswacht“ veröffentlicht den Geheimbericht des Breslauer Polizei-Präsidenten an den ersten Staatsanwalt, betr. die Vorgänge am 19. April 1906.
15. In der Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau wird Genosse Wiener als Delegierter für den Parteitag in Essen gewählt.
22. Frauen-Versammlung im „Schweizerhof“. Genosse Neukirch referiert über das Thema: „Hat sich die Frau um Politik zu kümmern?“
29. Sechs öffentliche Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins Breslau mit wissenschaftlichen Vorträgen.

September.

1. Sommerfest des Sozialdemokratischen Vereins im Gewerkschaftshause.
— Kranzniederlegung am Grabe Ferdinand Lassalles.
2. Genosse Tietze vom Landgericht wegen Majestätsbeleidigung begangen vor 7 Jahren, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.
5. Genosse Bernstein berichtet im sozialdemokratischen Verein über den internationalen Kongreß in Stuttgart.
— Anarchisten-Prozeß Birkner endet mit der Verurteilung zu 10 Tagen Gefängnis.
7. Die Polizei beschlagnahmt die „Lieder für arbeitenden Jugend“.
12. Die beiden Genossen Kanter wegen Verteilung von Boykottzettein zu je 10 Mk. Geldstrafe verurteilt.
15. Eröffnung der Ausstellung für Bauarbeiterschutz.
19. Diskussions-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau. Genosse Löbe referiert über moderne Völkerwanderungen.
24. Wegen Uebertretung des Preßgesetzes Redakteur Genosse Kaul zu 5 Mk. Geldstrafe verurteilt.
25. Frauen-Versammlung bei Milde. Genosse Dr. Maurenbrecher referiert über „Frauenglück“.
26. Revision des Genossen Th. Müller gegen seine Verurteilung zu 3 Wochen Gefängnis wegen Beleidigung eines Staatsanwalts verworfen.
30. In der Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins berichtet Genosse Wiener über die Verhandlungen des Essener Parteitages.

Oktober.

3. Sieben öffentliche Versammlungen des sozialdemokratischen Vereins mit wissenschaftlichen Vorträgen.
11. Das Oberverwaltungsgericht hebt das Verbot der Versammlungen, die zur Besprechung der blutigen Vorgänge auf dem Striegauer Platze (19. April 1906) stattfinden sollen, als ungesetzlich, auf.
— Die Revision des Redakteurs Genossen Albert gegen seine Verurteilung wegen Beleidigung eines Oberleutnants in Hirschberg hat teilweisen Erfolg.
— Gründung der Referenten-Kommission.
18. Protest-Resolution des Gewerkschaftskartells gegen die geplante Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts.
19. Der freien Turnerschaft werden die städtischen Turnhallen entzogen.
— In Sachen des Redakteurs Genossen Albert gegen den Polizeipräsidenten Dr. Bienko wegen Beleidigung erhebt die Regierung den Kompetenz-Konflikt und das Amtsgericht stellt das Verfahren vorläufig ein.
24. Vortrag des Genossen Dr. Maurenbrecher im Gewerkschaftshaus über das Thema: „Preußischer Beamten-Liberalismus vor 100 Jahren“.
29. Revision des Redakteurs Genossen Albert gegen seine Verurteilung wegen Beleidigung von Bergleuten verworfen.
31. Frauen-Versammlung im „Kühlen Grund der Oder“ mit Referat des Genossen Löbe über: „Die Frauen und die Landtagswahlen“. — Frau Schramm wird als Vertrauensperson gewählt.
— Redakteur Genosse Wolff wegen Beleidigung des Pfarrers Zimbal zu 30 Mk. verurteilt.

November.

4. Die Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschäftigt sich mit dem Preußentage und wählt die Genossen Bernstein, Löbe, Neukirch und Tutzauer zu Delegierten.
6. Protestversammlung im Gewerkschaftshaus gegen die Entziehung der städtischen Turnhallen, die bisher der freien Turnerschaft zur Verfügung standen.
18. Lichtbilder-Vortrag im Gewerkschaftshause über die Größe des Weltalls.
19. Lichtbilder-Vortrag im Kronprinzen über die Abstammung des Menschen.
20. Schiller-Abend der Jugendorganisation am Bußtag wird vom Polizeipräsidenten verboten, ebenso die Lichtbilder-Vorträge bei Wollin und des Transportarbeiter-Verbandes. An Stelle des Lichtbilder-Vortrages findet bei Wollin eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Darf gegen den Kulturkampf der Breslauer Polizei referierte.
24. Verteilung von 90,000 Wahlrechts-Flugblättern in der Stadt Breslau.
26. In Breslau und Umgegend finden 17 Versammlungen für ein freies Preußen-Wahlrecht statt, die zum Teil wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt werden.

Dezember.

1. Eichendorff-Abend im Gewerkschaftshaus.
5. Wandschmuck-Ausstellung im Zimmer des Gewerkschaftshauses eröffnet.
— Partei-Konferenz des Agitationsbezirks Breslau.
— Anarchisten-Versammlung im Gewerkschaftshaus, in welcher Lange-Berlin sprach, aufgelöst.
10. Redakteur Genosse Wolff wegen Beleidigung eines Hirsch-Dunckerschen Schmiedegesellen zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.
15. Wandschmuck-Ausstellung geschlossen.
17. Die Revision der Stadt Breslau in Sachen Biewald wird vom Reichsgericht verworfen.
19. In der Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins referiert Genosse Kaul über den großen Breslauer Sozialisten-Prozeß des Jahres 1887.

Arbeiterbewegung.

Kampfvorbereitungen im deutschen Baugewerbe.

Die von uns schon früher ausgesprochene Befürchtung, daß die vom Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe geplante Einführung neuer Tarifverträge nach dem Muster des in Berlin aufgestellten Normalvertrages zu schweren Kämpfen führen wird, findet jetzt auch von Arbeitgeberseite ihre Bestätigung.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, der für die im nächsten Frühjahr vorzunehmende Tarif-Erneuerung bereits einen dem Normalvertrag entsprechenden Entwurf aufgestellt hat, richtet, wie wir erfahren, an die Mitglieder ein

Geheim-Zirkular,

in dem darauf hingewiesen wird, der Vertragsentwurf müsse möglichst unverändert zur Annahme gebracht werden, und es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß seine Durchführung **nicht ohne Kampf** ermöglicht werden kann.

Zur Vorbereitung für diesen Kampf werden den Mitgliedern folgende Verhaltungsmaßregeln gegeben:

1. Es wird empfohlen, keine Arbeiten zu übernehmen, deren Fertigstellung durch eine Konventionalstrafe gesichert werden soll.

2. Es ist dringend erforderlich, in allen Bauverträgen die Streikklausel aufzunehmen, die auf Vorschlag des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe jetzt in allen deutschen Arbeitgeberverbänden angenommen worden ist. Diese Streikklausel hat folgenden Wortlaut: „Eine Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrages unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bewirkt die Verlängerung aller Fristen bezw. Hinausschiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung.“ Nicht nur in ganz Rheinland und Westfalen, sondern in ganz Mitteldeutschland, das in allen, auch den schärfsten Maßnahmen mit uns völlig übereingeht, wird in gleicher Weise verfahren.

Wir haben schon darauf hingewiesen, welch gewaltigen Umfang ein Kampf in dem Gebiet des Arbeitgeberbundes für Rheinland-Westfalen annehmen würde. Aus dem Geheimzirkular geht hervor, daß auch der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband (Sitz Frankfurt a. M.) sich mit dem Essener Arbeitgeberbund solidarisch erklären wird. Kommt es in den Gebieten dieser Organisationen im nächsten Frühjahr zur Aussperrung, so werden davon

mehr als 30,000 organisierte Maurer

betroffen. Bei einem so gewaltigen Kampfe liegt aber auch die Möglichkeit vor, daß der Deutsche Arbeitgeberbund seinen Generalversammlungsbeschlüssen gemäß die Aussperrung über ganz Deutschland ausdehnt, auch auf diejenigen Lohngebiete, in denen — wie im Berliner Lohngebiet — zurzeit kein Tarifvertrag besteht.

Die Aufhebung des Koalitionsrechts.

Die Klage des Hamburger Hafenbetriebsvereins gegen den Verband der Hafenarbeiter führte zu folgendem Urteil:

„Durch einstweilige Verfügung wird gegen eine vom Kläger zu leistende Sicherheit von 1000 Mk. den Beklagten zu 1, 2 und 4 (Hähnel, Döring und Häusler) bei einer Haftstrafe von vier Wochen, dem Beklagten zu 5 (Gesamtverband der Hafenarbeiter) bei einer Geldstrafe von 1500 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten:

1. den Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg irgendwie, sei es unmittelbar oder mittelbar, zu stören, insbesondere öffentliche Warnungen vor solchem Zuzuge zu erlassen oder zu veranlassen,

2. die vom Kläger angenommenen Kontraktsarbeiter als „Streikbrecher“ zu bezeichnen, sonst verächtlich zu machen oder zur Aufgabe ihres Kontraktes zu beeinflussen.

Die weitergehenden Anträge des Klägers werden abgelehnt. Die durch den Antrag des Beklagten zu 6 (Mitgliedschaft der Hamburger Schauerleute) entstandenen besonderen Kosten trägt der Kläger, die übrigen Kosten fallen den Beklagten zur Last.

Es braucht also keines besonderen Koalitionsrechtsschutzes mehr, die Gerichte eskamotieren schon jetzt das bißchen Vereinigungsrecht der Arbeiter hinweg.

30,000 Arbeitslose in Berlin.

Eine Zählung der im Dezember 1907 arbeitslosen Arbeiter Berlins hat die Berliner Gewerkschaftskommission vorgenommen. Bei der Umfrage konnten genaue zahlenmäßige Angaben nur von den Gewerkschaften gemacht werden, die ihre Arbeitslosen unterstützen oder kontrollieren; im Zentralverein für Arbeitsnachweis waren außerdem gemeldet 11,885 Arbeitslose. Wenn von den Zahlen des Zentralvereins für Arbeitsnachweis nur die Arbeitslosen derjenigen Berufe in Rechnung gestellt werden, für die sonst kein gewerkschaftlicher Arbeitsnachweis besteht, und wenn dann die Angaben der Gewerkschaftskommission hinzugerechnet werden, so ergibt sich aus der Statistik, daß Mitte Dezember in Berlin 22,322 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos waren. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist aber erheblich höher; es fehlen bei der vorstehenden Berechnung alle diejenigen Arbeitslosen, die keiner Gewerkschaft angehören, oder für deren Beruf der Arbeitsnachweis von den Arbeitgebern geführt wird. Man wird nicht zu hoch greifen, wenn die Gesamtzahl der Arbeitslosen, die Mitte Dezember in Berlin vorhanden war, auf etwa 30,000 angegeben wird. Besonders groß ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Der Verband der Zimmerer verzeichnete im Vorjahre 108, in diesem Jahre 430 Arbeitslose, bei den Stukkateuren sind die Zahlen von 188 im Dezember 1906 auf 284 im Dezember dieses Jahres gestiegen, bei den Buchbindern von 184 auf 330, bei den Steindruckern von 83 auf 247, bei den Tabakarbeitern von 45 auf 102. Es zeigt sich in den meisten

Stadt-Theater.

„Tannhäuser“.

Am Sonnabend erschien als Bewerberin um das verwaiste Fach der „jugendlichen Dramatischen“ Frau Mabling-Bailly aus Koburg als „Elisabeth“. Der Gast, der als äußere Vorzüge eine schöne Bühnenerscheinung und ein verständiges Spiel mitbringt, weist bedauerlicher Weise gesanglich nicht dieselben Qualitäten auf, welche wir für untere Opernvorstellungen beanspruchen dürfen. Der Tonansatz ist nicht einwandfrei und als Folge davon die Intonation nicht immer von wünschenswerter Reinheit; auch ist das Organ nicht tremolofrei, sodaß wir bei einem etwaigen Engagement nur einen persönlichen Tausch, aber keinen künstlerischen Vorteil zu verzeichnen hätten. — Das Haus war nahezu ausverkauft. H. M.

Thalia-Theater.

„Frühlingsluft“.

Zum Sonntag Abend hatte die Direktion gebeten, in der immer wieder wirksamen Operette von Josef Strauß Herrn Mora vom Wiener Volkstheater in der Rolle des Bureauvorstehers Hildebrandt zu hören. Was beabsichtigt die Direktion mit diesem Herrn, der nach Ausweis seiner Visitenkarte in erster Linie österreichischer Offizier („K. k. Oberleutnant D. R. A. St. B. O.“) und erst in zweiter Linie Theatermensch ist? Will sie ihn an die Stelle des Herrn Plank setzen, dem bisher diese Rolle gehörte? Hoffentlich nicht! Oder will sie wie für Siege den Horsten, wie für Mayerhofer die Martins, wie für Brod den Fröhlich usw. nunmehr auch für Plank eine zweite Besetzung? Dagegen ließe sich wenig sagen. Allein wir haben begründeten Anlaß, die Vermutung auszusprechen, daß man mit der bevorstehenden Anstellung des Herrn Mora einen kleinen „Dämpfer“ für Herrn Plank beabsichtigt. Es würde uns freuen, wenn man uns Lügen strafte.

Daß der Wiener Gast sich gerade diese Rolle als Debut ausgesucht, beweist eine gewisse Courage. Hat doch Herr Plank gerade diese Rolle in bisher selten erreichter Weise ausgestattet und begehrt gemacht. Waren wir doch gerade durch den natürlichen Humor und die schöpferische Gestaltungskraft, die Plank in seinem Hildebrandt an den Tag legte, ziemlich verwöhnt worden. Man konnte schon deshalb das Theater diesmal mit gemischten Gefühlen betreten. Allein so schlimm war es nicht. Herr Mora sang seine Rolle mindestens so gut wie Herr Plank. Ja, mindestens. Allein damit ists ja nicht getan. Herr Mora trat im Spiel nicht hervor. Er stand nicht genügend im Mittelpunkt der Handlung. All die gerade für diese ausgelassene Operette unentbehrlichen Späße und Extempores, die uns Plank so urkomisch gelehrt, schenkte sich der Gast. Eine zu große Bescheidenheit. Hätte er sich im dritten Akt nicht in unmögliche weiße Kniehosen gesteckt — er wäre unter den übrigen Teilnehmern der Landpartie fast gar nicht aufgefallen. Mit bewundernswertem Respekt vor den Textdichtern hielt sich Herr Mora an das, was in seiner Rolle steht. Und das ist sehr wenig. Ausschöpfen genügt hier nicht, Witz und Humor, natürlich leichtes Spiel und allerlei Entgleisungen müssen das Fehlende ersetzen. Möglich, daß Herr Mora das für andere Gelegenheiten in petto hat. Es würde uns sehr freuen.

Für Frl. Mayerhofer, die laut Theaterzettel die Hanni singen sollte, trat Frl. Martins in den vorgeschriebenen Flanellhosen auf. Ueberflüssig, zu bemerken, daß sie mit ihrer prächtigen Stimme darin am richtigen Platze war. Allein, ihre sonst prächtige und wohlgefällige Gestalt ist für das nedische Dienstmädchen etwas zu wuchtig; und ihr Humor trägt nicht jene pikante Drolerie, die wir an Frl. Mayerhofer liebgewonnen haben. Daß Frau Lang (Apollonia Knickebein), Herr Horsten (Rechtsanwalt Landimann), Herr Brod (Knickebein) und Herr Fröhlich (Kellner Nazi) in ihren alten Rollen sehr gefielen, versteht sich am Rande. Auch die (anonyme) Regie hatte sich angestrengt und Herrn Kapellmeister Rosenberg wurde vom Publikum, das in übermütigster Stimmung war, an einer Stelle besonders gedankt. r. s.

Breslauer Schauspielhaus.

Der Berggeist.

Ein Märchenspiel in 4 Bildern mit Musik und Tanz von K. Skarub, Musik von B. Sänger.

Wer von unseren Lesern kennte nicht das herrliche Freiligrathsche Gedicht vom Rübezahl? Es ist betitelt: „Aus dem schlesischen Gebirge“ und erzählt, wie ein armer Weberknabe, dessen Eltern (wie fast alle Weber) hungern müssen, sich mit einigen Päckchen Leinwand von Hause fortschleicht und versucht, beim Berggeist Rübezahl Hilfe zu suchen. Allein der Knabe ruft und ruft.

„Umsonst, nur dann und wann ein Rabe,
Flog durch des Gnomen altes Reich.
So stand und paßt er Stund auf Stunde,
Bis daß es dunkel ward im Tal
Und er halblaut mit zuckendem Munde
Ausrief durch Tränen noch einmal:
Rübezahl!“

Wenn der Vorhang Nachmittags im schönen Musentempel an der Gartenstraße hochgeht, glaubt man, dieses Gedicht sei im „Berggeist“ von Herrn Skarub dramatisiert worden. Allein das ist, wie die Kinder zu ihrer Freude bald sehen, nicht der Fall. Während der Knabe bei Freiligrath müde und hungrig wieder Rübezahls Reich verläßt, hat er im „Berggeist“ großes Glück. Rübezahl läßt ihn zunächst einer Prinzessin begegnen, die ihm (alle Märchenprinzessinnen tun das) viel Geld gibt. Dann holt Rübezahl den armen Knaben in sein Reich und läßt seine Eltern steinreich werden und macht sie zu Hoflieferanten für Se. Majestät aus dem Riesengebirge. Diese Majestät sorgt auch dafür, daß der freche Exekutor Schnappsack, der den armen Webern das Hemd vom Leibe pfändet, in den Turm gesperrt wird. (Der beste Beweis, daß die Geschichte nur ein Märchen ist.) Auch der liebloze Fürst Ratibo, der sein Töchterchen nicht dem Prinzen Leutbold geben wollte, wird bestraft — kurz: Im „Berggeist“ stören nicht jene „rauhen Töne“, die uns aus Freiligraths Gedicht entgegenschallen. Freilich: Dafür ist auch das Gedicht wahr und die Lösung im „Berggeist“ eine freche Lüge. Im Gedicht heißt es zum Schluß:

„Ich glaub' sein Vater webt dem Kleinen
Zum Hunger bald das Leichentuch.“

In den Nachmittagsvorstellungen aber ist der Rübezahl der „Macher vons Janze“, der alle Armut aus der Welt bannt und Schmerz und Trübsal durch eitel Lust und Freude ersetzt. Wenn die Kinder, die das natürlich entzückend finden und mit lautem Jubel belohnen, größer geworden sind, werden sie wohl mehr zu Freiligraths Wahrheiten als zu Skarusks — Märchen halten.

Jedoch: Den Kindern gefällt es so. Also ist es gut. Und was noch fehlt, wird ihnen durch eine glänzende Aufmachung ersetzt. Die Regie hat mit prächtigen Szenerien aus dem Riesengebirge und mit Elfen, Nixen, Gnomen, Zwergen und Berggeistern nicht gekargt. Das Corps de Ballet erfreut durch farbenschöne Reigen und Tänze — kurz, es ist für alles gesorgt und der Beifall redlich verdient.

Nur eines störte unsere Freude: Das Theater war nur mäßig besetzt. Sollte es wirklich nicht möglich sein, mit den vielen, vielen übrigbleibenden Billets ärmere Kinder zu erfreuen? Ein volles Haus bringt doch selbst bei noch wesentlich herabgesetzten Preisen mehr ein als bei den „halben“ ein leeres. r. s.

Aus aller Welt.

Zu dem geheimnisvollen Offiziers-Morde in Allenstein, von dem wir bereits kurz berichtet, werden nunmehr Einzelheiten bekannt, die die Sache in ein verdächtiges Licht rücken. Das „B. T.“ meldet u. a. folgendes: Am Morgen des zweiten Weihnachtsfeiertages wurde der Major v. Schönebeck, der etatsmäßige Stabsoffizier beim 10. Dragoner-Regiment, in seinem Schlafzimmer in Allenstein erschossen aufgefunden. Die näheren Untersuchungen ergaben, daß der

berufen, daß in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit drei oder vier Mal so groß ist wie im Vorjahre. Die Gewerkschaften, die angeblich ihre Gelder nur für Streikzwecke sammeln, haben gewaltige Summen für die Unterstützung der Arbeitslosen zu zahlen. Der Deutsche Holzarbeiterverband gab im vierten Quartal 1906 für diesen Zweck 44,626 Mark aus, im vierten Quartal 1907 107,370 Mark, der Metallarbeiterverband zahlte 1906 60,519 Mark, in diesem Jahre 107,000 Mark.

Das neue Knappschafts-Statut abgelehnt! Die Verhandlungen des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum über das neue Statut sind gescheitert.

Sonntag fanden im Ruhrrevier zahlreiche Bergarbeiterversammlungen statt, in denen die organisierten Bergarbeiter aufgefordert wurden, für einen etwaigen Kampf zu rüsten. Stimmen, die sich für den Streik aussprachen, wurden durch lebhafte Zwischenrufe laut. Die Haltung der Knappschaftsältesten wurde gebilligt. Zum Schlusse wurde verlangt, daß die Bergarbeiter-Gesetzgebung von einem auf Grund eines durch allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht gewählten Parlaments erfolgen müsse. In den nächsten Tagen tritt die Siebener-Kommission zu einer Konferenz zusammen.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband betrachtet den Ausstand für beendet und wird keinerlei Unterstützungen mehr bezahlen, weder an die Streikenden noch an die Ausgesperrten.

Die Arbeiter-Turnzeitung, das Preßorgan für die Interessen der vollständlichen Turnerei, hat mit ihrer soeben erschienenen Nr. 24 des 15. Jahrgangs die Auflage von 80,000 Exemplaren erreicht. Der Arbeiter-Turnerbund umfaßt zurzeit 1500 Vereine mit zusammen 115,000 Mitgliedern.

Die Tarifverträge im Transportgewerbe. Die Mannheimer Paketfahrtgesellschaft hat für die bei ihr beschäftigten Kutscher einen Tarifvertrag mit dem Deutschen Transportarbeiterverband abgeschlossen, der bis zum 1. November 1909 läuft. Die Arbeitszeit beginnt nach dem neuen Tarif im Sommer um 5½, im Winter um 6 Uhr und endet um 8 Uhr Abends. Der Mindestlohn beträgt für Kutscher des Leichtfuhrwerks 26 Mk. mit Steigerungen bis 28 Mk., für Kutscher des Schwerfuhrwerks 28 Mk. bis 31 Mk. pro Woche.

Differenzen beigelegt. Die angekündigte Aussperrung der Porzellanarbeiter in Katzhütte ist durch gegenseitige Verständigung vermieden worden.

Uebertritt. Die Berliner Dachdeckerhilfsarbeiter, die bisher im Zentralverband der Bauhilfsarbeiter organisiert waren, beschlossen ihren Uebertritt in den Zentralverband der Dachdecker.

Lohnschiedsgerichte und Streiks in Australien. In der Kolonie Viktoria bestehen bekanntlich ebenfalls Schiedsgerichte zur Festsetzung von Löhnen. Das Schiedsgericht hatte den Bäckern einen Wochenlohn von 54 Mark zugesprochen. Die Meister legten Rekurs beim Appellationshofe ein. Dieses reduzierte die Löhne auf 52 Mark. Daraufhin streikten die Bäcker und die Meister gaben nach. — Es ist klar, daß auf diese Weise das Vertrauen zu diesen Schiedsgerichten in die Brüche gehen muß. Durch das Obligatorium sollen Streiks ja gerade ausgeschlossen sein. Die kapitalistische Presse hat denn auch nach Möglichkeit gegen die Bäcker gehetzt und die Schiedsgerichte verurteilt. Andere vernünftigere Stimmen haben sich für Aufhebung des Appellationshofes ausgesprochen, so daß die Entscheidungen des Schiedsgerichtes endgültige sein würden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Dezember 1907.

Geschichtskalender.

31. Dezember.

1747 Der Dichter Gottfried August Bürger in Molmerswende geboren.
1848 Der Philolog Gottfried Hermann in Leipzig geboren.
1874 Th. York, Parteisekretär gestorben.
1877 Courbet, Maler gestorben.
1882 Französischer Staatsmann Leon Michel Gambetta bei Paris gestorben.
1899 Komponist Millöcker in Baden bei Wien gestorben.

---

* **Ueber die Wohnungsenquete des Verbandes der Orts- und Betriebskrankenkassen** läßt sich in der letzten Nummer des Gemeindeblattes die städtische Wohnungskommission aus. Ihre Meinungsäußerung erscheint wichtig genug, daß wir sie an dieser Stelle vollinhaltlich wiedergeben.

Der Verband der Orts- und Betriebskrankenkassen hat seinem Jahresbericht für das Jahr 1906 eine Wohnungsenquete angefügt. In dieser werden 73 Wohnungen aufgeführt, die sich nach den Feststellungen der Krankenkassenkontrolleure in einem ganz besonders gesundheitsschädlichen Zustande befinden sollten.

Der städtische Wohnungsausschuß, der fortgesetzt seine Aufmerksamkeit auf die Wohnungsverhältnisse namentlich der weniger bemittelten Bevölkerungsschichten gerichtet hält, hat diese Enquete zum Gegenstande eingehender Ermittelungen gemacht. Er hat in der Oertlichkeit feststellen lassen, worauf die Mängel zurückzuführen seien und wie ihnen abzuhelfen sei. Bei der Mehrzahl der Fälle ist die Abstellung schon veranlaßt, bei den übrigen in die Wege geleitet.

Vor allem ist es sehr zu bedauern, daß die Angaben über die Wohnungsverhältnisse erst so spät zur Kenntnis der Behörde gelangt sind. Zum Teil war seit den Feststellungen der Kassenkontrolleure beinahe ein Jahr verflossen. Es war deshalb nicht möglich, alle in der Enquete genannten Wohnungen zu ermitteln. 11 Wohnungen waren unauffindbar.

Bei dem sehr häufigen Wechsel der Inhaber derartiger Wohnungen wurde nur ein kleiner Teil der ursprünglichen Mieter angetroffen; die meisten Wohnungen hatten andere Insassen, die Räume waren renoviert und machten einen ganz anderen Eindruck, als den nach der Enquete erwarteten. Hierzu kam, daß in verschiedenen Fällen die Berichte des Kassenkontrolleurs nicht eingehend genug waren. Nach dem Text mußte man häufig eine einzimmerige, unzureichende Wohnung annehmen, während man bei der Ortsbesichtigung eine aus mehreren Räumen bestehende vorfand. Das Uebel lag dann nicht an der unzureichenden Wohnung, sondern an der unrichtigen Benutzung der Räume. Ferner wurde durch die Angabe der Bewohneranzahl an einer andern Stellen der Enquete ein viel ungünstigeres Bild hervorgerufen, als es sich in der Wirklichkeit bei der Ortsbesichtigung ergab, da zwischen Erwachsenen und Kindern beim Zählen der Bewohner kein Unterschied gemacht worden war.

Ehe wir auf die Ergebnisse der angestellten Wohnungs-Besichtigungen eingehen, muß noch erwähnt werden, daß von vornherein die Fälle ausgeschieden wurden, in denen das Fehlen oder die völlige Verwahrlosung des Mobiliars als Ursache der Unwirtlichkeit in der Wohnung angegeben war, da der Ausschuß bei derartigen Zuständen einen Einfluß nicht ausüben kann.

Die Ermittelungen selbst wurden in zwei Richtungen angestellt, einmal wurde die Frage aufgeworfen, ob die Wohnung infolge ihres baulichen Zustandes, also an sich schlecht sei, oder zum anderen, ob sie derartig benutzt und behandelt werde, daß sie unwohnlich und unbrauchbar werden mußte.

Der zuerst genannten Gruppe wurden 13 Wohnungen zugezählt, und zwar mußte in sechs Fällen die Weiterbenutzung überhaupt für unzulässig erklärt werden, in vier Fällen waren die Bemängelungen feuerpolizeilicher Natur, in einem Falle handelte es sich um die Schaffung von Stockwerk-Aborten und schließlich war zweimal eine Reparatur des Daches erforderlich.

In allen übrigen Fällen, und zwar sind sie bedeutend in der Mehrzahl, war der schlechte Zustand der Wohnung den Mietern zur Last zu legen; teils wurden die Räume von einer im Verhältnis zum Rauminhalt viel zu großen Personenanzahl bewohnt, teils wurden einzelne Räume der Wohnung übermäßig, andere gar nicht benutzt, und schließlich wurde in Bezug auf die gehörige Heizung und Lüftung der Wohnung viel zu wenig Wert gelegt. Eine dauernde und durchgreifende Besserung der bestehenden Wohnungsverhältnisse läßt sich nur unter Mitwirkung der Mieter erzielen. Gegen die Ueberfüllung der Wohnungen, gegen die mißbräuchliche Benutzung und die unpflegliche Behandlung der einzelnen Räume nutzt kein noch so solide und gut ausgeführter Bau, keine noch so bequem und sauber eingerichtete Wohnung. Wenn auch in allgemeinen ein ziemlich erheblicher Teil des Einkommens für die Miete verwandt wird, so wurden doch bei den Revisionen wiederholt Wohnungen angetroffen, bei denen der Mietszins in keinem Verhältnis zum Einkommen des Haushaltungs-Vorstandes und dementsprechend die Größe der Wohnung zur Stärke der Familie stand. Gar oft zeugte der Zustand der Räume von einem großen Mangel an Sinn für Ordnung und Reinlichkeit. Die in so vielen Fällen der Wohnung zur Last gelegte Feuchtigkeit mußte mit geringen Ausnahmen auf die Nachlässigkeit der Bewohner im Heizen und Lüften zurückgeführt werden. Es ergibt sich hier noch ein weites, dankbares Feld der Tätigkeit für die Krankenkassen und sonstigen Vereinigungen, die ihre Mitglieder oder Schutzbefohlenen in den Behausungen aufsuchen lassen. Nicht nur, daß dem Wohnungsausschusse die ungesunden Wohnungen mitgeteilt werden, es ist auch erforderlich, daß die Bewohner darüber belehrt werden, wie wichtig eine angemessene große und freundliche Wohnung für die Gesundheit wie für das Familienleben überhaupt ist, und dann wie eine solche Wohnung zu benutzen und zu behandeln ist.

Schließlich ist es im Interesse der ganzen Sache sehr wünschenswert, daß mit der Mitteilung der gesundheitsschädlichen Wohnungen an die Behörde, nicht wie in dem vorliegenden Falle bis zum Schluß des Jahres gewartet wird, sondern daß in jedem einzelnen Falle von der betreffenden Wohnung möglichst umgehend dem städtischen Wohnungsausschusse Nachricht gegeben wird.

Diese polemischen Ausführungen halten sich von jenen absprechenden und hochfahrenden Urteilen fern, die wir bei früheren Debatten über die Wohnungsenquete der Krankenkassen bedauerlicher Weise verzeichnen mußten. So sehr sie auch sachlich noch anzufechten sind, scheinen sie uns doch die Grundlage für eine gemeinsame Arbeit zweier mit dem Wohnungswesen eng verknüpfter Instanzen zu geben. Die Aufforderung an die Krankenkassen, bemängelte Wohnungen der Kommission sofort mitzuteilen, dürfte bereitwilliges Entgegenkommen finden, denn es kann den beteiligten Kassen gar nichts lieber sein, als daß ihre Angaben bald untersucht und Mißstände bald abgestellt werden. Ihnen dreht man einen Strick daraus, wenn sich durch bauliche Aenderungen, Wechsel der Mieter und damit zusammenhängender anderer Verteilung der Räume das ursprüngliche Bild verändert hat und der Schein einer falschen Angabe erweckt werden kann. Also dieser Wunsch ist gewiß erfüllbar. Verwunderlich aber muß es uns erscheinen, daß bei 14 Wohnungen die Kommission sich mit der einfachen Erklärung beruhigt: sie waren nicht auffindbar. Hätte nicht eine Rückfrage bei den Herausgebern des Berichtes dieses Dunkel aufhellen müssen? Die Wohnungen können doch nicht spurlos aus der Welt verschwunden sein und die Erfindung schlechter Wohnungen wird wohl die städtische Kommission den Krankenkassen nicht vorwerfen wollen. Diese Wendung von dem „unauffindbar" scheint uns etwas zu bequem.

Und dann zu den Räumen, deren Uebelstände nach der Meinung der Kommission „den Mietern zur Last fällt". Wir sind hier an den Grenzen des Tätigkeitsfeldes der städtischen Wohnungs-Kommission angelangt, denn ihre Aufgabe ist nur, unzulänglichen baulichen Verhältnissen abzuhelfen. Die Aufgabe der Krankenkasse dagegen geht weiter, sie ist nicht nur Baupolizei, sondern sie untersucht alle Wohnungsverhältnisse, die nach ihrer Meinung Krankheiten herbeiführen und verschlimmern können. Am richtigsten also wäre es, wenn die städtische Kommission kurz und klar eingestände: das andere gehe über den Rahmen unserer Kraft und unserer Befugnisse hinaus. Dann würde sie vielleicht auch so objektiv werden können und zugestehen, daß — abgesehen von einigen unverbesserlich Verlumpten — die Benutzung der Wohnung durch eine viel zu große Personenzahl, das Fehlen genügender Heizung und dergleichen nicht den Mietern „zur Last gelegt" werden kann, sondern jenen traurigen sozialen Verhältnissen, die selbst den besseren Willen der Mieter brechen. Wenn die Kinderzahl der Familie sich vermehrt, dann wird die Wohnung nicht gewechselt, weil die wachsenden Ausgaben eher zur Einschränkung als zur Vermehrung der Räume zwingen und wenn die Kohlensyndikate den Preis unseres gebräuchlichsten Heizmittels ins Ungemessene steigern, dann bleibt die Wohnung unwirtlich kalt, selbst wenn der Mieter sich im Warmen wohler fühlte. Daß daneben Belehrung über Lüften und Reinigen wenigstens für jene Familien ersprießlich sein wird, in denen überhaupt ein Familienoberhaupt tagsüber daheim dafür sorgen kann, bestreiten wir nicht. Aber für die weitere Behauptung, daß der Mietszins teilweise im Verhältnis zum Einkommen des Haushaltungsvorstandes zu niedrig sei, für diese Behauptung möchten wir doch um den zahlenmäßigen Nachweis ersuchen.

Was weiter zu der städtischen Aeußerung zu sagen ist, werden vielleicht die beteiligten Kassen nachholen. Wir be-

---

Major das Opfer eines Mörders geworden war, dem die Behörden jetzt auf der Spur zu sein scheinen.

Bereits wurde eine Verhaftung vorgenommen. Das Haus, in dem Major v. Schönebeck wohnte und erschossen wurde, liegt nach allen Seiten hin frei und wird nur von Gärten und Gräben umgeben. Major v. Schönebeck schlief allein im Erdgeschoß, während die Familie — seine Gattin und zwei sechs und acht Jahre alte Kinder — sowie die Dienerschaft im ersten Stock wohnten und auch dort schliefen. Diese Umstände, die isolierte Lage des Hauses und das getrennte Schlafen der Familie machen es erklärlich, daß der auf den Major abgegebene Schuß weder in der Stadt noch im Hause gehört worden ist.

Major v. Schönebeck wollte am zweiten Weihnachtsfeiertage an einer Jagdgesellschaft teilnehmen. Als der Diener ihn am Morgen wecken wollte, fand er den Major halbangekleidet tot auf der Schwelle des Schlafzimmers. Neben dem Erschossenen lag der Militärrevolver, zu dem der Major anscheinend im letzten Moment gegriffen hatte. In der Trommel des Revolvers fanden sich aber noch sämtliche Kugeln. Der tödliche Schuß ist aus einer kleineren Waffe abgegeben worden, denn die Kugel, die den Major selbst tötete, ist von geringerem Kaliber. Im Nebenzimmer war ein Fenster geöffnet, von diesem aus führten Fußspuren durch den Schnee. Der Mörder ist durch dieses Fenster in das Haus des Majors eingedrungen und später wieder geflohen. Major v. Schönebeck ist anscheinend durch das Geräusch im Nebenzimmer geweckt worden. Er kleidete sich notdürftig an, griff nach seinem Revolver und wollte in das Nebenzimmer gehen. Noch vorher öffnete der eingedrungene Unbekannte selbst die Tür und gab auf den Major aus allernächster Nähe — der Rand des Schußkanals an der Stirn war vom Pulver verbrannt und geschwärzt — den Schuß ab. Major v. Schönebeck sank sofort tot zusammen, und der Mörder, der das Verbrechen höchst wahrscheinlich aus Rache begangen hat, entkam, ohne daß irgend jemand im Hause auf ihn aufmerksam geworden war.

Aufsehen erregt jetzt die Meldung des „B. T.", wonach der Verhaftete ein höherer Offizier sein soll. Das Blatt läßt sich telegraphieren:

In seiner Wohnung wurde gestern der Hauptmann von Goeben vom Nassauischen Feldartillerie-Regiment Nr. 73 verhaftet.

Hauptmann von Goeben ist verhaftet worden unter dem dringenden Verdacht, den Mord an dem Major v. Schönebeck begangen zu haben. Er wurde sofort in das Arresthaus der 37. Division gebracht; irgend ein Geständnis hat er bis jetzt nicht abgelegt. Der Hauptmann bestreitet angeblich nicht, in der Mordnacht im Hause des erschossenen Majors v. Schönebeck gewesen zu sein. Ueber den Zweck seines Aufenthaltes in der Villa des Majors gibt er keine Auskunft.

Folgen des Schneefalls in Berlin. Durch den starken Schneefall am Freitage sind empfindliche Stockungen im Berliner Straßenverkehr hervorgerufen worden. Es wurde den Pferden außerordentlich schwer, die Fuhrwerke in dem Schnee vorwärts zu bewegen: vielfach konnte man, so lesen wir im „B. T.", beobachten, daß die Tiere gänzlich abgemattet mitten auf den Gleisen stehen blieben und nicht von der Stelle zu bewegen waren. Die Omnibusse wurden zum Teil mit Vorspann versehen, und auch bei den Lastfuhrwerken mußte die Bespannung verstärkt werden. Im Straßenbahnbetrieb mußten die Salzstreuwagen in Aktion treten.

Nahezu fünfzig Unfälle sind infolge des Schneefalles herbeigeführt worden. Ueberall sah man auf den Straßen Personen stürzen. Eine große Anzahl der Unfälle nahm einen verhängnisvollen Verlauf. In die Rettungswachen und Unfallstationen wurden etwa fünfzig Personen eingeliefert, die bei der Glätte erheblich zu Schaden gekommen waren. Von den gestürzten Pferden mußten mehrere vom Abdecker weggeschafft werden. Zum Aufrichten der gefallenen Tiere wurde die Feuerwehr mehrfach alarmiert.

Gleich vier Eisenbahn-Unfälle auf einmal werden gemeldet und zwar aus Falkenberg, Leipzig, Wiesbaden und Delkern bei Hagen i. W.: Freitag Abend 8¾ Uhr überfuhr Schnellzug 104 Breslau-Halle das auf Halt stehende Hauptsignal L der Linie Halle—Kottbus—Sagan und fuhr bei Signal K dem einfahrenden Nachtgüterzuge 8655 bei Falkenberg in die Flanke. Die von dem Zuge 104 entgleiste Lokomotive und die Wagen blieben umstalt. Von dem Güterzuge wurden die letzten 4 Wagen erfaßt und umgeworfen. Beide Hauptgleise wurden gesperrt. Im Schnellzuge 104 befand sich ein besonderer Salonwagen des Großherzogs von Sachsen, der sich auf der Reise von Zülichau nach Weimar befand. Durch Nachfrage wurde ermittelt, daß Europa nicht in unendlich tiefe Trauer gekommen ist, sondern in dem Salonwagen nur einige Flaschen zerbrochen sind. Von den übrigen Reisenden wurden einige verletzt.

Im Dresdener Bahnhof in Leipzig überfuhr der von Dresden eintreffende Personenzug 464, der von 2 Lokomotiven gezogen wurde, beim Einlaufen in den Bahnhof den Prellbock, so daß die Führungsmaschine die Stirnwand des Bahnhofsgebäudes durchbrach und in das Zimmer des Wagenmeisters eindrang. Personen sind nicht verletzt. Die Lokomotive, die die Säulenwände zertrümmerte, ist stark beschädigt. — Schließlich fuhr Freitag Vormittag 11 Uhr 56 Min. der Personenzug 396, von Niederlahnstein kommend, in Gleis 7 des Wiesbadener Hauptbahnhofs auf einen Prellbock auf, wodurch die Maschine entgleiste. Vier Personen wurden leicht verletzt.

In dem der Stadt Hagen in Westfalen benachbarten Delkern, ereignete sich Freitag Abend ein schwerer Bahnunfall. Ein Fuhrwerk passierte den Bahnübergang — eine Barriere war nicht vorhanden — als gerade der Personenzug, der um 5,59 Abends von Ambroch nach Hagen fährt, heranbrauste, das Fuhrwerk erfaßte und fast vollständig zertrümmerte. Zwei im Wagen sitzende Personen, ein Mann und eine Frau, wurden schwer verletzt.

Wieder nicht der Richtige. Der als angeblicher Urheber des Strausberger Eisenbahnunglücks in Neumagen an der Mosel verhaftete Schlosser Bongert scheint schuldlos zu sein. Aus Trier wird gemeldet: Bisher ist es nicht gelungen, irgendwelche Beziehungen des Verhafteten zu der Strausberger Katastrophe nachzuweisen.

Ein flüchtiges Pfäfflein. Nach Unterschlagung amtlicher Gelder und mit Hinterlassung einer Schuldenlast von insgesamt 90,000 Mk. ist im Herbst dieses Jahres nach einer Meldung der „Altpreußischen Zeitung" der Pfarrer Schmeling aus Willisaß, Kreis Stuhm, flüchtig geworden. Wie jetzt bekannt wird, ist der Geistliche in Südamerika gelandet. Schmeling, der etwa 13 Jahre als Pfarrer fungierte, war Reserveoffizier und als solcher Vorsitzender des Kriegervereins Königlich Neudorf, Kreis Briesen. Kurz vor Eintritt der „Katastrophe" verschwand er unter Zurücklassung seiner aus Frau und sieben Kindern bestehenden Familie.

Kleine Chronik. Die beim Rittergutsbesitzer Köster in Rentz bei Halle zu Besuch weilenden Schwiegereltern wurden an Kohlengas erstickt in den Betten tot aufgefunden. — Der achtzehnjährige Schlosser Franke in Wilkau bei Zwickau i. S. spielte mit einem alten Revolver. Dabei ging der Schuß los und traf den zuschauenden Lehrling Groß mitten in die Brust. Groß war sofort tot. — Aus Eifersucht erlach der 29jährige Schuhmachermeister Wilhelm Ohl in Babenhausen seine 20jährige Frau mit einem Küchenmesser und stellte sich dann selbst der Polizei. — Im Hamburger Eisenbahnzug erschoß sich ein Student, der ohne Fahrkarte in Oldesloe den Zug mit einer Bahnsteigkarte bestiegen hatte und dabei abgefaßt worden war. Die Persönlichkeit des Selbstmörders, der ohne alle Barmittel war, ist noch nicht festgestellt. — In der Nähe des Ortes Tissen wurde der Arbeiter Frahlmann ermordet aufgefunden. Vom Täter fehlt jede Spur. — Wegen Unterschlagung von 30,000 Mark ist nach einer Meldung aus Erfurt der Buchhalter Schrid von der Blechhammer-Brauerei von Sitzendorf verhaftet worden. — Aus Messina wird telegraphiert: Der italienische Passagierdampfer „Toscana" der Reederei Orlandi ist beim Leuchtturm in der Nähe von Messina mit dem deutschen Dampfer „Schleswig" zusammengestoßen. Die „Toscana" wurde schwer beschädigt und sank 30 Meter vom Leuchtturm entfernt. Obgleich unter den Passagieren eine furchtbare Panik ausbrach, scheinen alle gerettet zu sein. Einige erlitten Verletzungen.

gnügen uns trotz aller Ausstellungen den kleinen Fortschritt anzuerkennen, der in der Verbesserung einer kleinen Anzahl von Wohnungen liegt, eine Wirksamkeit, die sich hoffentlich in wenigen Jahren verzehnfachen wird.

* **Einen etwas kuriosen Revanche-Vorschlag** gegen die Regierungsbehörden, die der Freireligiösen Gemeinde in Breslau die Genehmigung zur Annahme der 10,000 Mark-Erbschaft versagten, macht der „Dissident", eine Beilage des Frankfurter „Freien Wortes". Er führt nämlich aus:

An diesem Fall kann man ermessen, wie wichtig es war, endlich den von allen freien Geistern ersehnten Zusammenschluß im „Weimarer Kartell" zu vollziehen. Denn in dieser Angelegenheit muß, nach unserem Ermessen, das Weimarer Kartell sofort in Aktion treten und den Herren Ministern ein „Bis hierher und nicht weiter!" entgegenschleudern. Die 10,000 Mk. müssen unter allen Umständen der freireligiösen Gemeinde Breslau zufließen. Sollte es der Fiskus wagen, unter Nichtachtung des letzten Willens eines Sterbenden das Vermächtnis in seinen großen Säckel verschwinden zu lassen, so müssen alle organisierten und bisher noch nicht organisierten freien Geister Deutschlands den Betrag aufbringen. Als besten Weg hierzu empfehlen wir Verzichtleistung auf kleinere oder größere Bequemlichkeiten und Genüsse, durch welche der Fiskus Geldeinnahmen erzielt. Wir denken in erster Linie daran, daß beispielsweise ein Freund der Sache 3. Klasse fahren wird statt zweiter oder erster, daß er eine Flasche deutschen Schaumwein statt französischen trinken oder sich mit einer billigeren Zigarettenmarke begnügen wird, nur die dadurch erzielten Ersparnisse, seien es nun 10 Pf. oder 100 Mk., einer vom Weimarer Kartell eröffneten Sammlung zuzuführen. Der „Dissident" ist einstweilen bereit als Zahlstelle zu fungieren und eröffnet die Sammlung mit 100 Mk.

Die Zahl derjenigen, die imstande sind, sich durch Verzicht der hier aufgezählten Bequemlichkeiten zu rächen und die daneben den freien Geistern zugezählt werden können, ist sicher viel zu gering, um eine Protestaktion wirksam durchzuführen. Nein, diese Erbschaftsverweigerung ist doch nur eine Einzelerscheinung aus dem Gesamtbilde der Reaktion, die immer dichter als je über Deutschland lastet. Jeder zweite, dritte Tag gäbe gute Gelegenheit zu einer gleichen isolierten Gegenaktion, die sehr schnell unwirksam werden müßten. Hier könnte nur ein allgemeiner „Ruck nach links" etwas helfen, wie er dem deutschen Volke so oft vorgemalt, aber niemals zur Tat geworden ist, auch nicht nach den Versprechungen der Väter unserer Blockära. Das liberale Bürgertum stützt ja heute mit seinen Stimmen und seinen parlamentarischen Vertretern die reaktionäre Herrschaft, es rückt nach rechts statt nach links. Es zuckt kaum noch mit den Achseln, wenn man russische Freiheitsfreunde wie Wilde aus dem Lande vertreibt, wenn man Arbeitern die Abhaltung von Unterrichtskursen unmöglich macht und den turnerischen Sport der Proletarier durch Hallenentziehung unterbricht. So wird es sich auch bei den kleinlichen Maßnahmen gegen eine Freireligiöse Gemeinde, so ungerecht sie auch sein mögen, sich nicht aus der Ruhe bringen lassen. Es hat die Abwehr reaktionärer Attentate der Arbeiterklasse überlassen und diese müßte darauf durch Massenaustritte aus der Staatskirche antworten, die den Hütern ihrer Schäfchen am ehesten empfindlich wird. So sehr wir es der freien Gemeinde gönnen, wenn sie durch die Anregung des Dissident zu ein paar hundert Talern des vorenthaltenen Geldes kommt — die geistige Nacht über Deutschlands Gauen und besonders über Deutschlands Bürgertum wird damit nicht vertrieben.

Eine neue Flußbadeanstalt in Breslau

soll errichtet werden. Der Magistrat unterbreitet der kommenden Stadtverordneten-Sitzung einen Antrag, wonach in der Ohle oberhalb des Ohle-Laufsteges eine Knaben-Freibadeanstalt mit Schwimmbecken errichtet werden soll. Die Kosten sind auf 28,500 Mk. veranschlagt worden. Zur Begründung des Antrages wird gesagt:

Im Jahre 1906 hatte die Stadtverordneten-Versammlung der Vergrößerung einer der beiden städtischen Freibadeanstalten an der Gneisenaubrücke zugestimmt, da sich diese beiden einzigen Knaben-Freibadeanstalten als viel zu klein für das Badebedürfnis der Schuljugend erwiesen. Seitdem hat sich immermehr das Bedürfnis nach einer neuen Freibadeanstalt für Knaben fühlbar gemacht.

Wir haben uns vergeblich bemüht, in der Oder der inneren Stadt einen geeigneten Platz für eine neue Badeanstalt ausfindig zu machen. Die in Vorschlag gebrachten Stellen eigneten sich entweder wegen mangelnder Wassertiefe oder aus anderen Gründen nicht für eine Badeanstalt oder sie wurden von der Oderstrombauverwaltung beanstandet. Wir haben daher im Einverständnis mit letzterer beschlossen, eine neue Badeanstalt für Knaben in der Ohle oberhalb des Ohlelaufsteges an der Stelle zu errichten, wo früher die Seidenbindersche Frauenbadeanstalt gestanden hat. Der Platz hat genügende Wassertiefe, eignet sich auch sonst für eine Badeanstalt gut. Die neue Anstalt soll aus zwei durch einen Laufsteg getrennten, überdachten Becken von je 80 Quadratmeter Fläche und einer Anzahl Auskleidezellen bestehen.

Mit dieser Badeanstalt wollen wir auf Anregung des Neuen Schwimmvereins Breslau und auf Empfehlung unserer Schulverwaltung für die schwimmkundige Jugend auch ein genügend großes Schwimmbecken errichten und Einrichtungen zur unentgeltlichen Erteilung von Schwimmunterricht treffen. Bei der großen Bedeutung des Schwimmsports für die Volksgesundheit ist es nötig, daß der Schuljugend ausreichende Gelegenheit wie bisher gegeben wird, unentgeltlich Schwimmen zu lernen und das Schwimmen zu pflegen. Durch hiesige Schwimmvereine ist bisher zwar in dankenswerter Weise den Knaben Gelegenheit zur Erlernung des Schwimmens gegeben worden; dieser Wohltat hat aber naturgemäß immer nur eine beschränkte Anzahl von Schulkindern teilhaftig werden können. Es ist erforderlich, daß ihnen in ausgedehnterem Maße Gelegenheit zur Erlernung und Betätigung des Schwimmens gegeben wird.

Das Schwimmbecken ist unbedeckt und soll eine Breite von 18 Metern und eine Länge von 25 Metern erhalten. In jedem der beiden anderen Badebecken sollen an den Streben des Daches 18 Anhängestellen für die Schwimmschüler angebracht werden. Bei dieser Einrichtung wird durch gleichzeitigen Unterricht von 36 Schülern bei 15 Minuten Unterrichtszeit für jede Gruppe und fünfstündigen täglichen Unterricht ermöglicht werden, daß täglich 720 Schüler unterrichtet werden können. Bei Annahme einer fünfwöchigen Dauer für einen Unterrichtskursus und da in den Nachmittagstunden ein zweiter Kursus und während der Sommerferien Vormittags ein dritter Kursus abgehalten werden kann, werden 2160 Schulknaben alljährlich das Schwimmen erlernen können.

Die Badeanstalt mit Schwimmschule soll so zeitig fertiggestellt werden, daß spätestens Anfang Juni 1908 der Betrieb eröffnet werden kann.

Wir begrüßen diese Vorlage, die einem uns gegenüber oft geäußerten Wunsche weiter Volkskreise entgegenkommt und würden uns freuen, wenn auch in den städtischen Verwaltungskreisen sich die Ueberzeugung Bahn bräche, daß für diese Zwecke der Volksgesundheit in unserer Stadt gar nicht genug getan werden kann und die Vermehrung der unentgeltlichen Flußbodeanstalten für Erwachsene und Kinder auch in anderen Stadtteilen ebenfalls außerordentlich notwendig erscheint.

---

* **Die Stadtverordnetenversammlung** wird sich in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr, die schon am 2. Januar stattfindet, vor allem mit der Entgegennahme des Geschäftsberichtes vom Jahr 1907, mit der Neuwahl des Vorstandes und des Ausschusses I beschäftigen. Aus dem alten Jahr ist unter anderem noch die Fortführung der Debatte über die anständige Lohnklausel und die Erledigung verschiedener Grundstückskäufe übrig geblieben.

Unter den neuen Vorlagen befindet sich außer dem an anderer Stelle mitgeteilten Neubau einer Flußbadeanstalt die Genehmigung des Planes für den Irrenhausumbau, die Weiterverpachtung der Oderfähre am Bürgerwerder, der Ankauf von Oltaschiner Grundstücken im Gesamtpreise von rund 400,000 Mk. und der Antrag Oeriel auf Abschwächung der Wertzuwachssteuer. 50,000 Mk. soll die Stadt für die Verbreiterung der Neuen Schweidnitzerstraße vor dem Angerkretscham bezahlen und außerdem wird die Fluchtlinienveränderung vor dem alten Weinstock am Christophoriplatz und in der Ohlauerstraße mit einer Ausgabe von mehr als 17,000 Mk. verbunden sein.

* **Weihnachtsverkehr auf den Breslauer Bahnhöfen.** Die Zahl der auf den Staatsbahnhöfen in Breslau während der Tage vom 20. bis einschließlich 26ten Dezember verausgabten Eisenbahnfahrkarten beträgt amtlicher Meldung zufolge:

	1907	1906	1905
Hauptbahnhof	57,182	47,070	45,017
Märkischer Bahnhof . .	12,146	11,980	11,092
Freiburger Bahnhof . .	12,991	16,044	15,510
Odertor-Bahnhof . . .	15,744	13,896	13,402
Zusammen	98,063	88,990	85,021

Hiernach 1907 gegen das vorige Jahr 9073 mehr. — Der Rückgang beim Freiburger Bahnhofe findet in der seit dem 1. d. Mts. stattfindenden Ablassung der Züge nach Raudten und darüber hinaus vom Hauptbahnhofe seine Erklärung.

* **Zur Wasserversorgung der Stadt** wird stadtamtlich im Gemeindeblatt folgendes bekannt gegeben: Bei der Beratung über den Bau der vier neuen Filterkammern am Wasserwerk am Weidendamm wurde auch erwogen, ob der Bau etwa deswegen aufzuschieben sein möchte, weil weitere Erfahrungen über ein anderes Filtersystem, das System Puech, welches zurzeit in Frankreich bereits mehrfach eingeführt ist, noch nicht vorliegen und namentlich deshalb, weil man sich augenblicklich auch in deutschen Städten mit der Frage der Anwendung der Puechfilter beschäftige. Die Sachverständigen in den beratenden städtischen Körperschaften waren der Ansicht, daß man den Bau der Sandfilter, um der bestehenden Wassernot zu begegnen, keineswegs aufschieben könne, und daß außerdem die Sandfilter auch bei Einführung der Puechfilter nicht zu entbehren sein würden, sie könnten vielmehr nötigenfalls in das System Puech eingegliedert werden. Es wurde aber beschlossen, die Puechfilter in ihrer Tätigkeit an Ort und Stelle durch eine Sachverständigen-Kommission besichtigen zu lassen. Diese Kommission hat nun einen schriftlichen Bericht über die von ihr besichtigten Filteranlagen in Frankreich erstattet, der umgedruckt und den Mitgliedern der städtischen Betriebsdeputation zugesandt worden ist.

Diesen schriftlichen Bericht haben die Kommissionsmitglieder der Betriebsdeputation noch durch mündliche Erläuterungen ergänzt. Die Deputation hat darauf von der etwaigen Einführung solcher Puechfilter in Breslau Abstand genommen, weil zunächst die Ergebnisse der Wasserreinigung nach der Inbetriebsetzung der neuen Filter während einer längeren Zeit beobachtet werden sollen und weil auch die Meinungen der Bakteriologen, Hygieniker und Chemiker über die Ansprüche an die Wasserreinigungsanlagen zurzeit noch nicht nach jeder Richtung hin geklärt sind. Von den neuen Sandfiltern sind drei Kammern gegenwärtig bereits im Betriebe, die vierte wird in wenigen Tagen für den Betrieb fertig vorbereitet sein.

Das Filterungssystem Puech reinigt das Wasser in drei Stufen: Zunächst auf den Grobfiltern, dann in den Vorfiltern und endlich in den Feinfiltern. Die Besichtigung der bestehenden Anlagen in Frankreich hat die frühere Ansicht der Sachverständigen, wonach sich in dieses System die jetzigen Sandfilter werden einfügen lassen, bestätigt. Sie werden als Feinfilter, die den allergrößten Teil der Anlage ausmachen, dienen. Eine etwaige Ueberführung unserer Filter in das System Puech kann solange aber nicht in Frage kommen, als die Frage der Grundwasserversorgung nicht nach allen Seiten hin vollständig geklärt ist.

* **Neujahrs-Briefverkehr.** Die Breslauer Postverwaltung hat für den Neujahrsbriefverkehr, der im letzten Jahre über zwei Millionen Stück Postsendungen betrug, die umfassendsten Vorkehrungen getroffen, um den zu erwartenden kolossalen Andrang schnell abzuwickeln und die Bestellung ohne jede Verzögerung bewältigen zu können. Während sonst an Sonn- und Festtagen der Verkehr auf den Eisenbahnen bedeutend eingeschränkt ist, weil die Briefe an diesen Tagen nicht mehr bestellt werden, werden am Neujahrstage selbst und sonst auch an einem Sonntag vor dem Neujahrsfest alle Postsachen befördernden Züge für den Postverkehr benutzt, wie sonst an Wochentagen. Zur Bewältigung der Fernsortier- und Ortsgeschäfte wird die Zahl der Beamten am 31. Dezember und am Neujahrstage dadurch erhöht, daß alle verfügbaren Beamten zu diesem Zwecke herangezogen werden und das Unterbeamten-Personal wird auf den einzelnen Stadt- und Bahnpostämtern durch Zivil- und Militär-Personen verstärkt. Zum Beutelschleppen, Briefkastenleeren, Stempeln und zur Briefbestellung werden bei sämtlichen Breslauer Postanstalten aushilfsweise mehrere hundert Personen eingestellt vom Zivil und Militär. Der Hauptverkehr wickelt sich auf dem Postamt 1 ab. Hier ist eine wahre Flut von Briefen und Karten zu sortieren, denn die in Breslau aufgegebene Lokal-Korrespondenz und die mit den Zügen hier eintreffenden Sendungen gehen zunächst nach diesem Postamt 1, von wo sie den einzelnen Stadtpostämtern zur Bestellung übermittelt werden. Auf dem Hauptpostamt sind in diesen Tagen zahlreiche Hände von Beamten, Unterbeamten und Hilfskräften bei der Erledigung des Neujahrsbriefverkehrs unter Zuhilfenahme aller verfügbaren Räume tätig. Neben dem Hauptpostamt ist noch Postamt 2, Hauptbahnhof, welches die ankommenden und abgehenden Briefsendungen der Strecken Berlin, Oderberg, Mittelwalde zu bearbeiten hat, durch den Neujahrsverkehr stark in Anspruch genommen und herrscht auch hier ein großartiges Leben und Treiben. Einen sehr starken Briefverkehr hat auch noch Postamt 3, Freiburger Bahnhof, durch die Postkurse Breslau, Dittersbach, Glogau, Stettin, Görlitz. Am 30. und 31. Dezember sowie am Neujahrstage kursieren zwischen Breslau und Berlin in jedem Schnellzuge zwei große Bahnpostwagen; die Briefbesteller sind angewiesen, am 31. Dezember, 1. und 2. Januar früher als sonst an der Dienststelle anzutreten, damit die Bestellung so früh als möglich beginnt. — Vorines Neujahr wurden auf dem Postamt 1 an weit über 4000 Sendungen verarbeitet, bei denen Straße und Hausnummer oder letztere fehlte. — Warum man trotz der unendlich vielen Arbeitslosen unserer Stadt immer noch Militär zu Arbeiten heranzieht, die ebenso gut von Zivilisten verrichtet werden können, ist nicht recht zu verstehen.

* **Beim bevorstehenden Wohnungswechsel** richten wir an unsere Leser das dringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht"träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine Unterbrechung der Zustellung zu verhindern. Gerade um den Monatsersten wundern sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Lektüre ausbleibt. Dann schelten sie wohl tüchtig auf die Botenfrau, die ihnen die „Volkswacht" nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir dringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug dem Kolporteur Mitteilung zu machen. Auch die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins sollen beim Verziehen ihre neuen Wohnungen den zuständigen Distrikts- bezw. Bezirksführern sofort angeben.

* **Ueberfahren von Fuhrwerken.** Die durch Ueberfahren von Fuhrwerken auf Wegeübergängen vorkommenden Unfälle häufen sich in letzter Zeit sowohl auf Haupt- als auch auf Nebenbahnen in auffallender Weise. Dieser Umstand gibt der Eisenbahndirektion Breslau Veranlassung, allen beteiligten Bediensteten die gewissenhafte Beachtung der zur Verhütung derartiger Unfälle gegebenen Vorschriften erneut einzuschärfen. Da die Unfälle auf den Hauptbahnen vielfach auf versäumtes und verspätetes Schließen der Schranken, sodann aber auch auf voreiliges Oeffnen der Schranken zurückzuführen sind, wird den Wärtern die pünktliche und gewissenhafte Schrankenbedienung zur strengsten Pflicht gemacht. Hierbei wird angeordnet, daß auf zweigleisigen Strecken die Schranken nach Vorbeifahrt eines Zuges erst geöffnet werden dürfen, wenn sich der Wärter vorher überzeugt hat, daß auf dem anderen Gleise kein Zug herannaht. Diese Vorschrift ist von den Wärtern stets zu beachten, unabhängig davon, ob ein Zug auf dem anderen Gleise durch Läutesignal angekündigt ist oder nicht. Die Schrankenwärter und deren Vertreter sind durch Befehlsbuch mit Anweisung zu versehen und von den Dienstvorgesetzten ausdrücklich über diese Anordnung zu belehren. Gegen Verstöße in der Schrankenbedienung soll auf das strengste eingeschritten werden.

* **Erkennungskarten 1908.** Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß die Angestellten der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke für das Jahr 1908 zu ihrem Ausweise mit Karten von hellblauer Farbe versehen sind.

* **Preiserhöhungen des Niederschlesischen Kohlensyndikats.** Das Niederschlesische Kohlensyndikat beeilt sich, dem skandalösen Vorgehen des Rheinisch-Westfälischen Syndikats zu folgen und erhöht die Abschlußpreise der meisten Kohlensorten für den Großhandel ab 1. Januar 1908 um 25 bis 50 Pfennige. Nur für Gasflammförderkohlen wird gütigst, gleichfalls wie beim Rheinisch-Westfälischen Syndikat, eine Ermäßigung von 25 Pfennige für die Tonne gewährt.

* **Zu den beiden heiteren Lichtbilderabenden,** die gestern Nachmittag im Gewerkschaftshause stattfanden, hatten sich fast 2000 Kinder und Erwachsene eingefunden, die an den vorgeführten Bilderserien zu Wilhelm Buschs Gedicht „Max und Moritz" ihre helle Freude hatten. Genosse Jakubowitz verlas den begleitenden Text von Busch. Die zweite Aufführung am Abend gelang noch besser als die am Nachmittag, weil der Verleser einen günstigeren Platz einnahm und an Stelle des zu leise spielenden Musikinstruments ein besseres beschafft werden konnte. An den zweiten Vortrag knüpfte sich noch die Projektion einer Anzahl ernster Bilder für Erwachsene, u. a. die Porträts der Genossen Liebknecht, Auer, Bebel, Lassalle. Während dieser Zeit spielte das Grammophon die stimmungsvolle Melodie: „Ein Sohn des Volkes". Der Lichtbilder-Apparat steht Gewerkschaften und Nachbarorten für ihre Unterhaltungsabende gegen bescheidene Abnützungsgebühren zur Verfügung. Reflektanten wollen sich an Genossen Löbe in der „Volkswacht" wenden.

* **Humboldtverein für Volksbildung.** Für die Mitglieder und deren Angehörige wird im Januar ein drittes Abonnement von 6 Vorstellungen im Thalia-Theater, und zwar von 5 Schau- und Lustspielen und einer Spieloper oder Operette eröffnet werden. Die Preise sind entsprechend der Aufführung einer Oper um eine Kleinigkeit erhöht. Anmeldungen sind — nur schriftlich — an Herrn Eugen H. Bernhard, VII., Sadowastr. 60, zu richten. Die Ausgabe der zugeteilten und bereitliegenden Eintrittskarten erfolgt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte für die Mitglieder, deren Namen mit A—K inkl. beginnt, Montag, den 6. Januar 1908, Vorm. 10—1 und Nachm. 3—6 Uhr, und für L—Z Dienstag, den 7. Januar, in den gleichen Stunden bei Herrn Bernhard, Sadowastraße 60, hochp.

* **Deutsche Friedensgesellschaft** (Ortsgruppe Breslau). Am Sonnabend, den 4. Januar, Nachmittags 5 Uhr, findet im kleinen Saale des Konzerthauses eine Veranstaltung der Ortsgruppe Breslau der Deutschen Friedensgesellschaft statt. Herr Rechtsanwalt Armer wird eine Ansprache über das Thema: „Die Friedensbewegung und die deutsche Jugend" halten. Herr Regisseur Gerlach und Fräulein Martha Sauten werden aus der Friedensliteratur in Vers und Prosa rezitieren. Die Veranstaltung ist besonders für jugendliche Personen bestimmt, um auch in ihnen Begeisterung für die Friedensidee zu erwecken. Der Eintritt steht Mitgliedern der Friedensgesellschaft und Gästen gleichmäßig frei.

* **Unglücksfälle.** In das Krankenhaus der barmherzigen Brüder wurden eingeliefert schwer verletzt: ein Galizier, der in einem Breslauer Gasthaus beim Aufsuchen des Nachtlagers von andern mit Messern gestochen ward; ein Schweizer aus Mochbern, dem durch einen herabfallenden Strohballen die rechte Seite schwer zerquetscht worden war; ein Arbeiter aus Groß-Tschansch, der durch Fall einen Knöchelbruch erlitt; ein Schüler aus Markt Bohrau, der beim Schlittenfahren einen Beinbruch erlitt; ein Stellenbesitzer aus Buchwald, der mit einem Wagen umgeschüttet war und den rechten Arm brach; ein Knecht aus Thomaskirch, der vom Wagen gefallen war und Verletzungen davontrug.

† **Unfälle.** Am 27. d. M. Nachmittags wurde ein Invalide auf dem Wachtplatz durch einen Spazierwagen umgerissen und erlitt erhebliche Wunden, sodaß er im Allerheiligen-Hospital Hilfe nachsuchen mußte. — An demselben Tage stürzte ein 11 Jahre altes Mädchen auf der Tauentzienstraße eine Kellertreppe hinab, erlitt zum Glück jedoch nur leichte Verletzungen.

† **Diebstähle.** Aus einem Keller auf der Viktoriastraße wurden 5 Flaschen Sekt und 2 Flaschen Weißwein gestohlen. — Aus einem Schuhgeschäft auf der Wallstraße wurden 39 Paar Schuhe gestohlen. — Von einem Wagen wurde ein schwarzer Krimmerpelz gestohlen. — Ferner wurden mehrere Handwagen und eine große Anzahl messingene Türklinken gestohlen.

† **Betrug.** Am 24. d. Mts., Abends, fand sich in einem Posamentierwarengeschäft auf der Sadowastraße eine Frauensperson in Krankenschwesterkleidung ein und erbat sich zwei große Umschlagetücher im Werte von 9 Mk. 30 Pf. zur Auswahl. Es wurden ihr die Tücher auch anvertraut, die sie aber nicht mehr zurückbracht hat. Ihre Angaben betreffs Namen und Wohnung erwiesen sich als unwahr.

† **Wasserschaden.** Als am 27. d. Mts., Nachmittags, ein Arbeiter auf der Steinstraße einen Hydranten aufdrehte, entströmte diesem plötzlich ein so mächtiger Wasserstrom, daß eine kleine Ueberschwemmung entstand. Zur Abhilfe dieses plötzlichen Ereignisses wurde die Feuerwehr gerufen.

Eine Konferenz des Gau 11 (Schlesien) des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

tagte am zweiten und dritten Weihnachtstage in Liegnitz im Gewerkschaftshause. Fast alle Zahlstellen waren vertreten, als Vertreter des Hauptvorstandes war Genosse Heinrich Sack-Hannover erschienen. Zur Leitung der Verhandlungen wurden die Genossen Joppich-Breslau, Bunke-Striegau und Müller-Breslau bestimmt.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Wie betreiben wir in Zukunft Agitation?" referierte der Gauleiter Joppich-Breslau. Er schilderte die fortschreitende Entwickelung des jüngsten Gaues des Fabrikarbeiter-Verbandes. Oeffentliche Versammlungen und andere größere Veranstaltungen hätten nicht immer die erwünschten Erfolge gebracht, besser bewährt haben sich die intensive Kleinarbeit durch Betriebsbesprechungen und die entfaltete mündliche Agitation. Redner schilderte den Lokalmangel und die behördlichen Schwierigkeiten, wie solche wohl nur in Schlesien möglich sind. Streng müsse darauf geachtet werden, daß unsere Agitation nur in uns zuständigen Betrieben einsetze, denn in der Provinz gibt es noch große Entwickelungsgebiete. Oberschlesien sei von jeher das Schmerzenskind im Gau gewesen, hier müsse ein Beamter angestellt werden. Redner hofft, daß eine gründliche Aussprache den richtigen Weg zur praktischen und erfolgreichen Agitation zeigen werde. (Beifall.)

Die Diskussion war eine sehr lebhafte; wir wollen nur einzelne Momente herausgreifen. Aus vielen Orten wurde über behördliche Maßnahmen geklagt. So verweigere man in Brieg die Genehmigung zur öffentlichen Verteilung von Druckschriften. In Breslau ist im Jahre 1907 gegen Verbandsmitglieder wegen deren gewerkschaftlichen Tätigkeit auf insgesamt vier Wochen Gefängnis und 181 Mark Geldstrafe erkannt worden. Ferner wurden drei Opfer der Polizeischlacht am Striegauerplatz aus Verbandsmitteln unterstützt, die insgesamt 28 Wochen Gefängnis im Berichtsjahre verbüßten. In Glogau ist das unverständliche Vorgehen der Behörde eine gute Propaganda für die Entwickelung des Verbandes gewesen. Auch in Friedland regnet es öfter Strafmandate. Fast aus jedem Orte wurde über Lokalmangel geklagt, meist sind keine öffentlichen und Mitglieder-Versammlungen möglich, mitunter nicht einmal Betriebs-Besprechungen. Maßregelungen wegen der Verbandstätigkeit fanden in vielen Orten statt. Die Vertreter verschiedener Zahlstellen beklagten sich über Uebergriffe anderer Gewerkschaften in die Agitationsgebiete des Fabrikarbeiter-Verbandes. Speziell betrifft dies den Transportarbeiter-Verband, der Grenzstreitigkeiten veranlasse. In Görlitz existiert im genannten Verbande eine Sektion für Fabrikarbeiter, in Freiburg sind die Ziegeleiarbeiter im Transportarbeiter-Verbande organisiert. Besonders schwere Vorwürfe wurden gegen diesen Verband aus Breslau erhoben. Die Transportarbeiter respektieren fast nirgends die für die einzelnen Gewerkschaften gezogenen Grenzen, da ihre Mitglieder in den meisten für sie nicht zuständigen Betrieben zu finden sind. Mit jeder anderen Bruderorganisation ist dort für den Fabrikarbeiter-Verband eine Verständigung möglich, über Zuständigkeitsfragen oder den Austausch von Mitgliedern, nur nicht mit diesem Verbande.

Hörsing-Beuthen stellte und begründete den folgenden Antrag:

„Die Konferenz wolle beschließen: Der Vorstand wird ersucht, für den oberschlesischen Industriebezirk einen besoldeten Beamten (Agitationsleiter) sobald als möglich anzustellen."

Redner führt seit einiger Zeit im dortigen Industriegebiet die Verbandsgeschäfte, die er aber niederlegen muß, weil er durch seine Parteitätigkeit zu sehr in Anspruch genommen ist. In temperamentvoller Weise trat er für seinen Antrag ein und schilderte die Verhältnisse Oberschlesiens, sowie die großen Agitationsgebiete, die dort für den Fabrikarbeiter-Verband in Betracht kommen. Anderen Verbänden, die dort jetzt gute Erfolge zu verzeichnen haben, hat Oberschlesien auch erst größere Summen gekostet. Oberschlesien darf nicht das Importland von Arbeitswilligen bleiben, sondern es muß der Schutzwall gegen die Streikbrecher aus Rußland und Galizien werden.

Genosse Sack zweifelt an der Erfüllung aller geäußerten Wünsche durch den Hauptvorstand. Er will den Antrag aus Oberschlesien befürworten, kann aber jetzt noch keine bindende Erklärung des Vorstandes abgeben. Die Agitation darf nur in uns zuständigen Industriezweigen betrieben werden, doch sind auch Uebergriffe anderer Organisationen in die Agitationsgebiete des Fabrikarbeiter-Verbandes entschieden zurückzuweisen.

Nach einem resümierenden Schlußworte Joppichs wurde der Antrag Hörsing einstimmig angenommen.

Sodann referierte der Gauleiter Joppich über „Die gegnerischen Organisationen und unsere Taktik bei den künftigen Lohnbewegungen." Er bewies an zahlreichen Fällen den Arbeiterverrat der „Hirsche" und geißelte die christlichen Verbände, die katholischen Fachabteilungen usw. Nachdem er weiter eine Anzahl Lohnbewegungen des zu Ende gehenden Jahres besprochen hatte, besprach er unter allgemeiner Zustimmung die Taktik bei Differenzen und Streiks.

Auch an diesen Punkt der Tagesordnung schloß sich eine lebhafte und belehrende Debatte.

Unter „Verschiedenes" wurden die Delegierten beauftragt, Material über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Zucker-Fabriken und in der Papierindustrie zu sammeln.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte wurde die Konferenz mit einem kernigen Schlußappell geschlossen.

Aus Schlesien und Posen.

Der Beuthener Oberbürgermeister

soll von den „Liberalen" boykottiert werden. Herr Dr. Brüning, das ist nämlich der Oberbürgermeister, hat den erhabenen Schemel der „Liberalen" nicht inbrünstig genug geküßt und soll deshalb verbrannt werden. Das „Oberschles. Tageblatt" schreibt darüber:

„Die liberale Fraktion hat dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher die Mitteilung zugehen lassen, daß sie an der Vorbereitung zu dem 25jährigen Jubelfeste unseres Stadtoberhauptes nicht teilnehmen werde. Und diese Provokation haben nur die beiden Friedenshütter Herren Generaldirektor Böcker und Bergwerksdirektor Brütsch nicht mitunterzeichnet, für deren Entschließung offenbar der Terrorismus des Herrn Dr. Bloch seine Wirkung nicht ausgeübt hat. Der ablehnende Bescheid der liberalen Vertretung ist erfolgt, weil angeblich der Herr Oberbürgermeister bei Aufstellung der Wählerliste durch die Abtrennung von Friedenshütte die liberale Partei benachteiligt habe. Dieser Grund ist, wie wir in einem späteren Artikel nachweisen werden, durchaus nicht stichhaltig, da Herr Oberbürgermeister Dr. Brüning noch bis in die letzte Zeit mit den Herren von der liberalen Partei auf das freundschaftlichste verkehrt hat und der Wahrheit der liberalen Vertreter näher stand, als den Vertretern der katholischen Partei."

Wenn sich die Sache wirklich so verhält, wie hier geschildert wird, dann haben die „Liberalen" ein Schelmenstück vollbracht, das sie noch auf lange Zeit verurteilt, Spießruten zwischen Zentrum und Konservativen zu laufen. Wie sind wahrlich böse Freunde des Herrn Brüning, aber daß ihn diese „liberale" Gesellschaft auf Anlaß seines Jubiläums nicht hochleben lassen will, wird er sich nur zur Ehre anrechnen.

—y. **Brieg**, 30. Dezember. Eisenbahn-Unfall. Der am Freitag Vormittag von Brieg nach Oppeln fahrende Güterzug Nr. 6259 hatte die Einfahrt in den Oppelner Bahnhof nicht erhalten und blieb vor dem Bahnhof auf der Oderbrücke stehen. Der Lokomotivführer stieg von der Lokomotive, um diese auf ihre Betriebsfähigkeit zu untersuchen, beachtete aber nicht, daß unterdessen der Eilzug Nr. 14 in entgegengesetzter Richtung (ab Oppeln 10.01 Uhr, an Brieg 10.34 Uhr Vormittags) auf dem Nebengeleise herangebraust kam. Er wurde von diesem erfaßt und gegen ein eisernes Geländer mit solcher Wucht geworfen, daß er auf der Stelle tot war.

— In großer Gefahr schwebte Sonnabend Vormittag ein etwa 7- bis 8jähriges Mädchen, das in der Zeit um ¾10 Uhr, als der Schnellzug von Oderberg fällig war, die Geleise bei der Briegischdorferstraße überschritt. Kaum hatte das Mädchen zwei bis drei Schritte über das Geleise getan, als auch schon der Zug an ihr vorbeisauste. Zum Glück hatte sich das Mädchen nicht umgesehen, sonst konnte es in der Angst noch vom Zuge erfaßt werden. Als es zur Barriere kam, wurde diese erst niedergelassen, und nur um eine Handbreite war sie vorüber, sonst hätte sie diese auf den Kopf erhalten.

— Obdach für einige Zeit verschaffte sich der hiesige arbeitslose Arbeiter Tatzel, indem er sich vor den Militärposten beim General hinstellte, diesen zuerst belästigte, dann aber ihn sowie das ganze Militär beschimpfte. Er wurde von dem Soldaten verhaftet und von der Ablösung abgeführt. Seinem Verhalten bei der Abführung nach sah man an, daß er sein Ziel erreicht hatte.

Brieg, 30. Dezember. Bahnbau Brieg—Wansen. Mit den Grundarbeiten zum Bahnbau wird, wie auf dem am Sonnabend abgehaltenen Brieger Kreistag mitgeteilt wurde, voraussichtlich schon im nächsten Herbst begonnen werden.

Oppeln, 30. Dezember. Ueberfahren. Am 28. d. Mts. wurde der Lokomotivführer Pfeiler, als er mit dem Güterzuge das er zu fahren hatte, vor dem Bahnhof Oppeln auf Einfahrt wartete, von der Maschine des ausfahrenden Eilzuges 14 erfaßt und schwer verletzt. Pfeiler war von der Lokomotive abgestiegen, um dieselbe nachzusehen, hierbei zwischen die Gleise getreten und hatte den auf dem Nachbargeleise herankommenden Eilzug nicht bemerkt. Der Verletzte wurde dem St. Adalbert-Hospital zugeführt.

Falkenberg, 30. Dezember. Am 27. d. M., Abends, überfuhr Schnellzug 104 Breslau-Halle das auf „Halt" stehende Hauptsignal L der Linie Halle-Kothbus-Saagau und fuhr bei Signal K dem einfahrenden Güterzuge 8655 in die Flanke. Die von dem Zuge 104 entgleiste Lokomotive und die Wagen blieben sämtlich intakt. Von dem Güterzuge wurden die letzten vier Wagen erfaßt und umgeworfen. Beide Hauptgeleise sind gesperrt und zwar das Gleis Halle-Kothbus auf etwa zwei Stunden, das Gleis Kothbus-Halle auf etwa sechs Stunden. Der Verkehr wird umgeleitet. Im Schnellzug 104 befand sich ein besonderer Salonwagen des Großherzogs von Sachsen-Weimar, der sich auf der Reise von Züllichau nach Weimar befand. Sein Wagen lief als vorletzter. Durch Nachfrage wurde ermittelt, daß in dem Salonwagen nur einige Flaschen zerbrochen seien. Von den Reisenden wurden einige geringfügig verletzt.

Fellhammer, 28. Dezember. Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! So hat man der Menschheit bis jetzt gepredigt. Im Sinne des Wohlgefallens hat man den Bergarbeitern das übliche Weihnachtsgeschenk verabreicht. Auch den Witwen hat die Gruben-Verwaltung wieder einige Pfennige zukommen lassen. Aber nicht allen. Als am 15. Dezember der Kamerad Wilhelm Krahn, welcher zu Tode verunglückte, beerdigt wurde, versprach man der Witwe, die Kosten der Musik würde die Gruben-Verwaltung tragen. Als aber die Herren Grubenbeamten, z. B. Herr Bergverwalter Hornig und Herr Steiger Hundt auf die Idee kamen, daß der Kamerad Krahn Mitglied des Bergarbeiter-Verbandes war, stellte man an den Vertrauensmann das Verlangen, daß die Mitglieder des Verbandes sich wohl an der Beerdigung beteiligen könnten, aber nicht in geschlossenem Zuge vor der Leiche gehen sollten. Die Mitglieder befolgten natürlich den Rat des Herrn Bergverwalters Hornig nicht, sondern taten, wie es bei jedem Verein üblich ist.

Welches Mitgefühl zeigte „man" dem Kameraden, welcher seine Haut zu Markte getragen hat und die Familie im tiefsten Elend zurückließ? Sämtliche Grubenbeamten, mit ihnen noch fünf reichstreue Bergarbeiter, verließen den Ort der tiefsten Trauer und begaben sich in das Latzelsche Lokal. Welches Wohlgefallen erwies man aber noch nach der Beerdigung der tiefgebeugten Witwe? Man übersandte ihr die Rechnung von der Musik, die sie auch bezahlen mußte. Der Witwe kam also das übliche Weihnachtsgeschenk nicht zu. So behandelt man die Kameraden, die ihr Leben der Grube opfern.

—r. **Waldenburg**, 22. Dezember. Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung treten von Zeit zu Zeit in der Herberge zur Heimat zusammen. Wer aber als Hilfesuchender große Hoffnungen mit dorthin bringt, gerät auf den Holzweg. Bei der letzten Schiedsgerichtssitzung am 21. d. Mts. hatten ein paar Genossen Gelegenheit, sich das Verfahren ein halbes Stündchen lang in der Nähe anzusehen und waren nicht wenig darüber erstaunt, daß man dieses Institut ein Schiedsgericht nennt. Zunächst kam es ihnen sehr eigentümlich vor, daß die Oeffentlichkeit während der Verhandlungen ausgeschlossen war. Dreimal versuchten es die Genossen, als Zuhörer in das Gerichtszimmer zu gelangen, immer aber wurden sie vom Herbergswirt, der als Türhüter fungierte, zurückgewiesen. Daß der Grundsatz der Oeffentlichkeit beim Waldenburger Schiedsgericht außer acht gelassen wird, läßt sich wohl nur dadurch erklären, daß man dort die Grenzen der Sittlichkeits- und Schamhaftigkeitsgefährdung etwas eng zieht. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir die Schamhaftigkeit der zwei Arbeiter, die als Beisitzer am Schiedsgericht tätig sind, als die Ursache der Absperrung betrachten. Einer der neugierigen Genossen erzwang sich schließlich Zutritt als Vertreter eines Unfallverletzten und erhielt damit einen kleinen Einblick in die Tätigkeit des Gerichts und der beiden Arbeiterbeisitzer im besonderen. Die Angaben der armen Teufel, die durch ihre Berufung ans Schiedsgericht ein paar Pfennige erstreiten wollen, wurden gar nicht beachtet, lediglich auf Grund der Akten und der ärztlichen Gutachten wurden die einzelnen Fälle so schnell wie möglich erledigt. Die fast durchweg abweisenden Urteile kamen auf ganz einfache Weise dadurch zustande, daß der Vorsitzende einen Rundblick auf die Beisitzer warf mit den Worten: „Die Berufung wird zurückgewiesen." Die vier Beisitzer nickten zum Zeichen ihrer Zustimmung mit den Köpfen und der Fall war abgetan, dem Gesetz war Genüge geschehen. — Was sollen aber Schiedsgerichte, die nur zusammentreten, weil es das Gesetz vorschreibt, ohne eine Spur von sozialem Verständnis zu zeigen? Wenn man einseitig nur den Angaben der Versicherungsanstalt oder der Berufsgenossenschaft Glauben schenkt, die Einwendungen der Versicherten gar nicht erst prüft, dann kann doch gleich das Urteil am grünen Tisch gefällt werden und die Schiedsgerichte können unterbleiben. Grausam muß man es nennen, wenn den Versicherten durch Ladung zum Schiedsgerichtstermin Hoffnung auf die volle Rente gemacht wird, um sie ihnen dann ohne viel Aufhebens vor dem Munde wegzunehmen. Und schlimm muß es um das Empfinden von Arbeitern bestellt sein, die als Beisitzer eines solchen Schiedsgerichts nicht einmal den Mut finden, mit einem Worte ihrem hilfsbedürftigen Klassengenossen beizustehen, ihn vielmehr mit einem unterwürfigen Kopfnicken leer zu Hause schicken. — Die organisierte Arbeiterschaft hat hier wahrlich viel versäumt, als sie die betreffenden Posten den „Reichstreuen" überließ. Hier muß Wandel geschaffen werden, in erster Linie durch die Herstellung der Oeffentlichkeit der Verhandlungen.

—r. **Alt-Lässig**, 27. Dezember. Die Volks-Versammlung, welche am ersten Weihnachtstage in der „Brauerei" stattfand, war sehr gut besucht. — Genosse Osterroth hielt einen Vortrag über den „Weihnachtsfrieden des Arbeiters," in dem er die Gegensätze zwischen Schein und Wirklichkeit im Leben recht treffend hervorhob und die Weihnachtslegende auf ihren prosaischen Ursprung zurückführte. — Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen, an die sich einige Weihnachtsgedichte anschlossen, die von Versammlungsbesuchern zum Vortrag gebracht wurden. — Die Versammlung würde unserer Klientel, hätte sie ihr beigewohnt, wenig Freude bereitet haben — höchstens hätte sie ihr zum Bewußtsein gebracht, daß es mit ihrer Herrschaft in unserem Bergdörfchen zu Ende ist.

Neurode, 30. Januar. Zu Tode verunglückte der Häuer Schreiber auf der Wenceslausgrube dadurch, daß ihm ein mehrere Zentner schweres Gesteinsstück die Wirbelsäule zerschmetterte. Schreiber ist verheiratet und Vater von sieben unerzogenen Kindern.

Jauer, 30. Dezember. Durch einen Sprengschuß wurde ein Steinarbeiter schwer verwundet. Seine Ehefrau, die sich bei ihm befand, erlitt schwere Verletzungen am Hals und im Gesicht. An dem Aufkommen des Ehepaares wird gezweifelt.

Saarau, 30. Dezember. Wegen Krankheit den Tod gesucht. Am 27. d. Mts. stürzte sich die ca. 70jährige Frau B. hierselbst, Ida- und Marienhütte wohnhaft, zum Fenster hinaus und war sofort tot. Grund zur Tat ist langjährige Krankheit und Geistesschwäche; sie hatte schon vor kurzer Zeit einen Selbstmordversuch begangen, konnte aber wieder hergestellt werden.

Liegnitz, 30. Dezember. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Hauptwerk der Maschinenfabrik Felix Hübner hierselbst. Der an der Bandsäge beschäftigte Tischler Hielscher wollte, während die Maschinen noch in vollem Betriebe waren, die oberen Treibräder putzen; dabei geriet er mit dem rechten Arm in das Getriebe und der Treibriemen riß den Unglücklichen von der Leiter herab. Der Arm wurde mehrmals von den Rädern herumgedreht und an zwei Stellen derart gebrochen, daß die Knochensplitter herausstraten. Bei dem Sturze von oben erlitt Hielscher noch andere schwere Verletzungen. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhause übergeführt.

Reichenbach u. E., 30. Dezember. Totgefahren. Als vorgestern Abend kurz vor 7 Uhr die Züge aus Frankenstein und Langenbielau in den hiesigen Staatsbahnhof eingefahren waren, fand man abseits des Bahnsteiges an dem Gleise, welches die Züge passiert hatten, einen Mann mit zerschmetterter Hirnschale. Derselbe wurde als der Bäckermeister Moese aus Langenbielau erkannt und in das St. Josephs-Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb. Er war anscheinend stark angetrunken schon am Spätnachmittage vom Bahnsteig gewiesen worden, da er ihn nicht durch die Zugangstüren, sondern von verbotener Seite aus betreten hatte. Da er angetrunken gewesen war, ist er auf das Gleis geraten und von einer der ankommenden Maschinen tödlich verletzt und bei Seite geschleudert worden.

Friedeberg a. Qu., 30. Dezember. Ein Luftballon, der am Sonnabend, 21. Dezember, von Frankfurt a. M. aufgestiegen war, landete am Sonntag darauf früh 4 Uhr oben im Knieholzbereich der zu Flinsberg gehörigen großen Iserwiese (825 Meter hoch), wurde mit Hilfe der Koloniebewohner geborgen und zur Bahn hierher gebracht, von wo seine Insassen mit ihm die Heimreise antraten.

Hoyerswerda, 30. Dezember. Der nationalliberale Vertreter des Wahlkreises Rothenburg-Hoyerswerda im preußischen Abgeordnetenhause, Abgeordneter Rentier Nischwitz-Miesky, beabsichtigt bei den Neuwahlen im Jahre 1908 nicht wieder zu kandidieren. — Der Name dieses preußischen Volksvertreters ist den Zeitgenossen nur einmal bekannt geworden, und zwar damals, als das Abgeordnetenhaus einstimmig sein Mandat — kassierte, weil der Herr gar nicht Preuße, sondern Schwede war! Herr Nischwitz aber ließ sich schleunigst naturalisieren und — wiederwählen. Dem „B. T." nach ist zu erwarten, daß das Mandat des Herrn Nischwitz der freisinnigen Volkspartei überlassen wird als „Kompensation" für die seinerzeit vielerörterte kampflose Ueberlassung des Reichstagsmandats in diesem Wahlkreise an Herrn Bassermann.

Laurahütte, 30. Dezember. Die Pocken sind auch hier ausgebrochen und zwar in der Familie eines Briefträgers bezw. eines Häuers. Ueber die Einschleppung der Krankheit ist bisher noch nichts Positives festgestellt worden, obwohl mit Sicherheit angenommen werden kann, daß die Krankheit durch den Grenzverkehr mit Russisch-Polen herübergebracht worden ist. In Czenstochau und Umgegend befindet sich ein großer Seuchenherd. Der Regierungspräsident von Oppeln hat deshalb die Verwaltungsbehörden des Regierungsbezirks angewiesen, bei dem Begehr und der Ausstellung von Halbpässen nach Russisch-Polen die Antragsteller stets nach dem Ziele ihrer Reise zu fragen und die Ausstellung von Halbpässen nach Czenstochau und Umgegend wegen der damit verbundenen Gefahr der Einschleppung der Seuche zu versagen. Diese Maßnahme wird freilich nicht von durchgreifender Wirkung sein, da auf den Halbpässen das Ziel der Reise nicht angegeben wird und darum eine Kontrolle auch nicht durchzuführen ist.

Kattowitz, 30. Dezember. Wegen großer Schneefälle treffen, wie die königliche Eisenbahndirektion mitteilt, alle Züge in der Richtung aus Breslau mit großen Verspätungen ein.

Aus den Gerichtssälen.

Der Moltke-Harden-Prozeß.

Die Zeugen- resp. Sachverständigenvernehmung des Geheimrats Schweninger in München und seiner Gemahlin, die Assessor Lange im Auftrage des Gerichtshofes auf Schloß Schwaneck vornahm, zog sich bis in die späten Abendstunden hin, ohne daß die Vernehmung zum Abschluß gelangte. Der damit beauftragte Richter Assessor Lange wird sich deshalb Sonntag Vormittag 10 Uhr nochmals in Begleitung des Verteidigers Hardens, Justizrat Bernstein, nach Schwaneck begeben, um die Vernehmung der Geheimrat Schweningerschen Eheleute fortzusetzen und zu beenden.

Das nennen sie studieren.

Zahlreiche Erlanger Korpsstudenten, ein Bankwirt und zwei Korpsdiener hatten sich dieser Tage vor dem Fürther Gericht zu verantworten. Zehn Studenten wurden wegen Schlägermensuren mit je drei Monaten, drei wegen Säbelmensur mit je vier Monaten Festung bestraft. Der Bankwirt, gegen den der Staatsanwalt ein Jahr Gefängnis beantragt hatte, erhielt anderthalb Monate Gefängnis, während die beiden Korpsdiener zu je 26 Wochen Festung verurteilt wurden.

Ein dreister Einbruch

wurde in der Nacht zum 9. November am Hause der Firma Stefan Esbers begangen. Zwischen den Schaufenstern befinden sich dort auch Schaukästen, die fest in das Mauerwerk eingelassen und mit doppelten Schlössern versehen sind. Der Kellner Josef Dzierzinski erbrach einen dieser Kästen mit einem Stemmeisen und entnahm daraus zwei wollene Hemden, ein Unterbekleid, ein Paar Hosenträger und ein Taschentuch, worauf er sich an einem zweiten Schaukasten an die Arbeit machte. Im Begriff, diesen zu sprengen, wurde er aber vom Wächter der Firma erfaßt und einem Schutzmann übergeben. Dzierzinski ist bereits mehrfach wegen Diebstahls vorbestraft. Das Urteil lautete deshalb auf ein Jahr Zuchthaus. Bei seiner Festnahme hatte er zudem einen falschen Namen angegeben, weswegen er zu zwei Wochen Haft verurteilt wurde, die jedoch durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten waren.